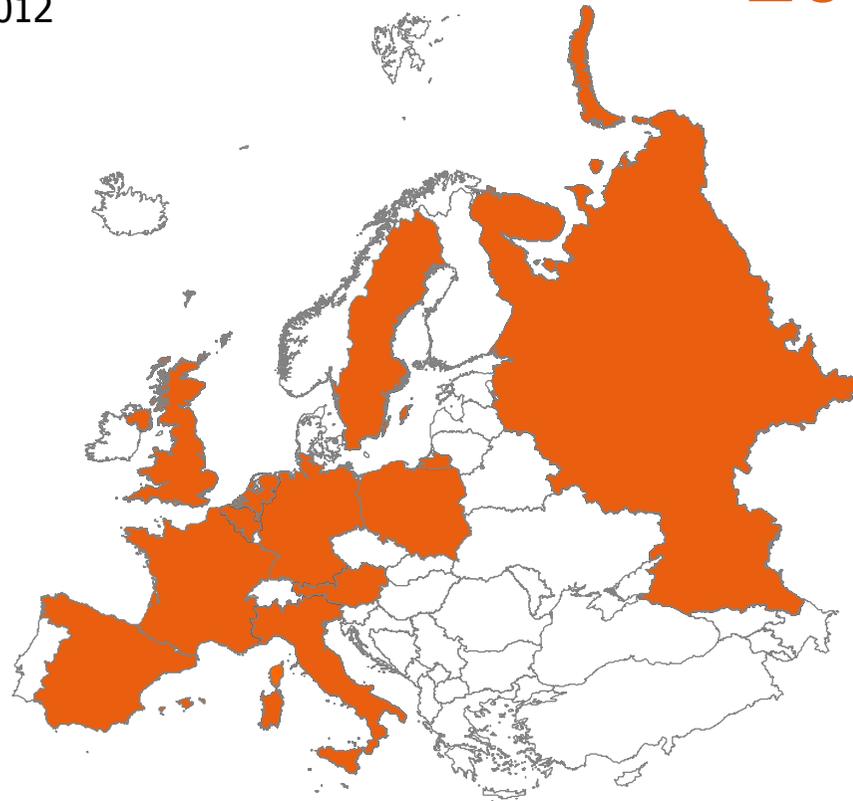


Challenges of Europe

2012

Special Focus 2012
Griechenland





Copyright GfK Verein

Nachdruck, Weitergabe etc. – auch auszugsweise – sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet

Verantwortlich: Prof. Dr. Raimund Wildner

GfK Verein
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.

Nordwestring 101, 90419 Nürnberg
Tel.: (0911) 395-2231 und 2368 – Fax: (0911) 395-2715

E-mail: info@gfk-verein.org
Internet: <http://www.gfk-verein.org>

Challenges of Europe 2012

**GfK Consumer Experiences:
Birgit Müller
Bettina Arneth**

**GfK Verein:
Ronald Frank**

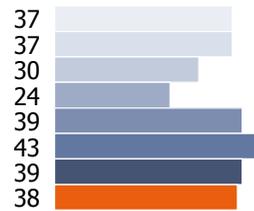
**Inhaltsverzeichnis
Seite**

Die Herausforderungen in Europa	4
Im Fokus 2012: Griechenland	16
Die Besonderheiten der einzelnen Länder	
Deutschland	19
Frankreich	30
Polen	33
Italien	36
Österreich	39
Großbritannien	42
Belgien	45
Russland	48
Niederlande	51
Spanien	54
Schweden	57
Wirtschaftsindikatoren im Überblick/Anhang	60

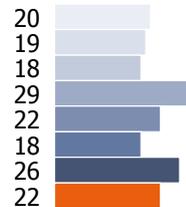
Die Herausforderungen der Europäer - Top 10

Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet; (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

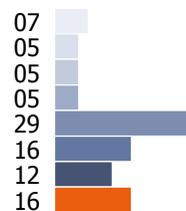
Arbeitslosigkeit



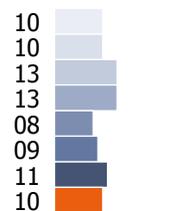
Preis-/Kaufkraftentwicklung



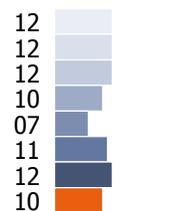
Wirtschaftliche Stabilität



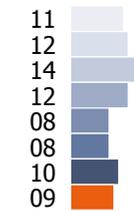
Renten/ Altersversorgung



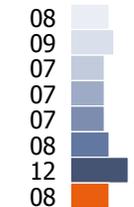
Gesundheitswesen



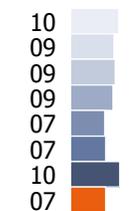
Wohnungsproblem/ Mieten



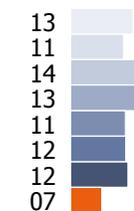
Politik/Regierung



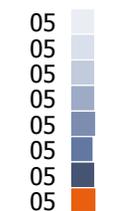
Bildungspolitik



Kriminalität



Jugendarbeitslosigkeit



Nachrichtlich:

Armut: 5%
(2011: 3%)

Soziale Sicherung: 5%
(2011: 7%)

Zuwanderung/
Integration: 5%
(2011: 9%)

Steuerpolitik: 5%
(2011: 5%)

*ab 2005 inkl. Russland;
**ab 2006 inkl. Belgien;
***ab 2010 inkl. Schweden



Die Top-10-Herausforderungen der Europäer im Vergleich

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



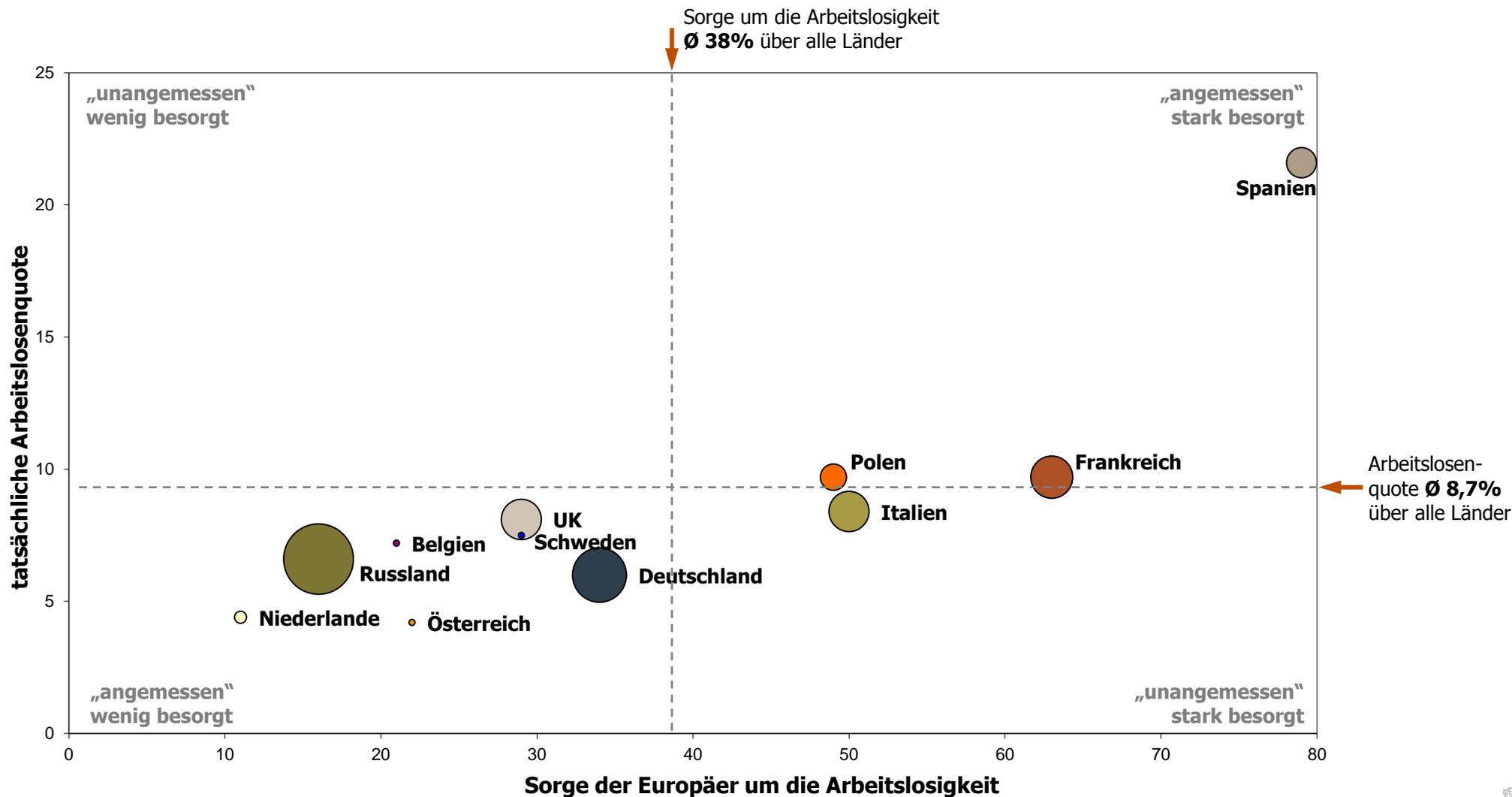
	Gesamt	Deutschland	Frankreich	Polen	Italien	Österreich	Großbritannien	Belgien	Russland	Niederlande	Spanien	Schweden
Arbeitslosigkeit	38	34	63	49	50	22	29	21	16	11	79	29
Preis-/Kaufkraftentwicklung	22	26	34	26	18	14	7	22	30	7	2	1
Wirtschaftliche Stabilität	16	24	12	5	30	15	22	17	4	17	29	8
Renten/Altersversorgung/	10	13	8	19	7	17	3	13	14	3	2	4
Gesundheitswesen	10	11	5	24	7	5	13	4	10	14	4	5
Wohnungsproblem/Mieten	9	1	19	2	0	2	7	4	19	3	2	2
Politik/Regierung	8	13	7	13	10	16	9	18	4	9	5	1
Bildungspolitik	7	12	9	4	3	10	7	3	9	7	3	5
Kriminalität	7	7	10	1	12	5	12	6	3	12	2	1
Jugendarbeitslosigkeit	5	4	6	9	11	6	5	1	4	0	2	14

Gesamt Deutschland Frankreich Polen Italien Österreich Großbritannien Belgien Russland Niederlande Spanien Schweden



Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote (ILO) in %

(Sorge um die Arbeitslosigkeit: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

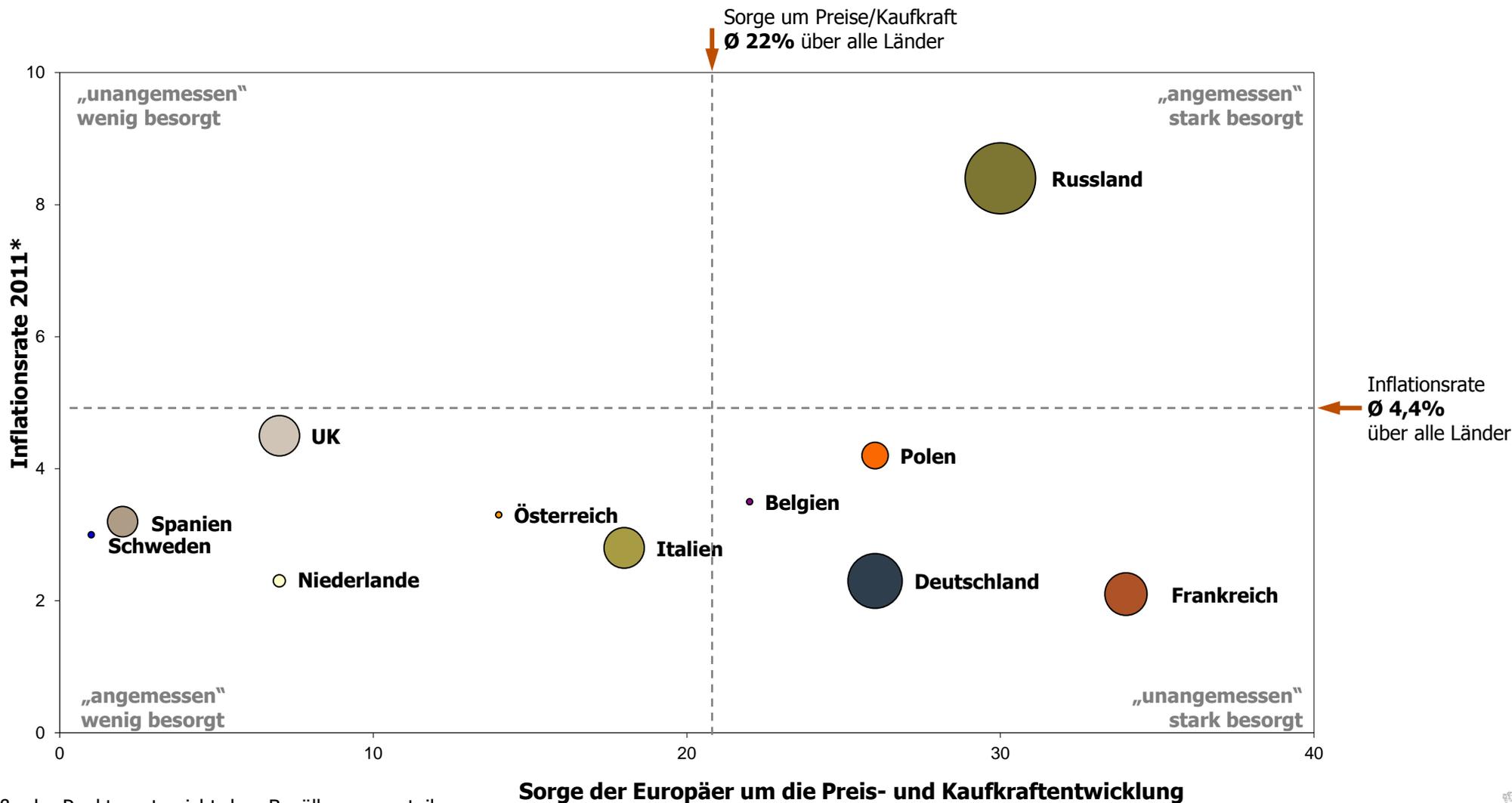


Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil



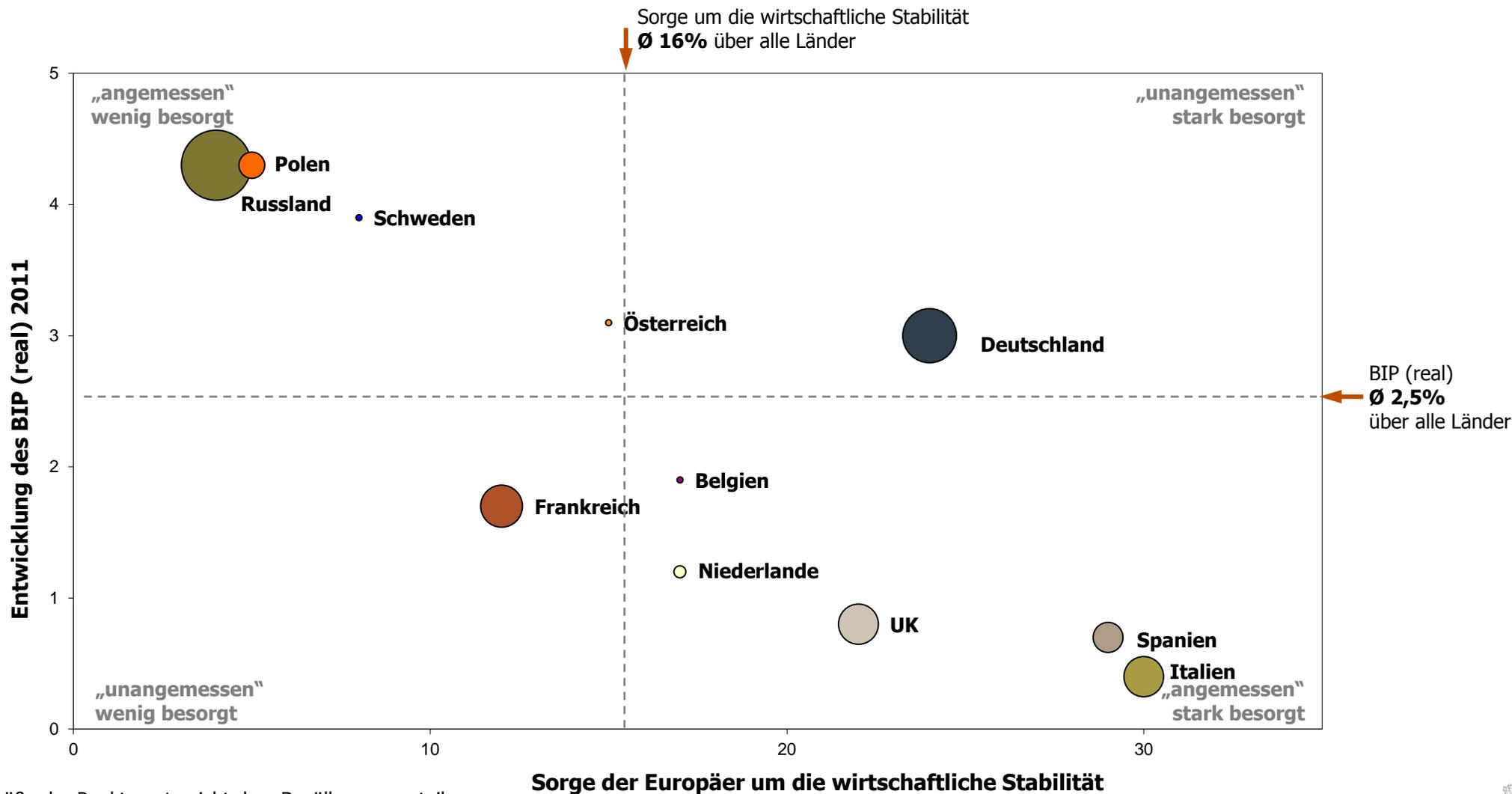
Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die Preis- und Kaufkraftentwicklung mit der tatsächlichen Inflationsrate in %

(Sorge um die Preis-/Kaufkraftentwicklung: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



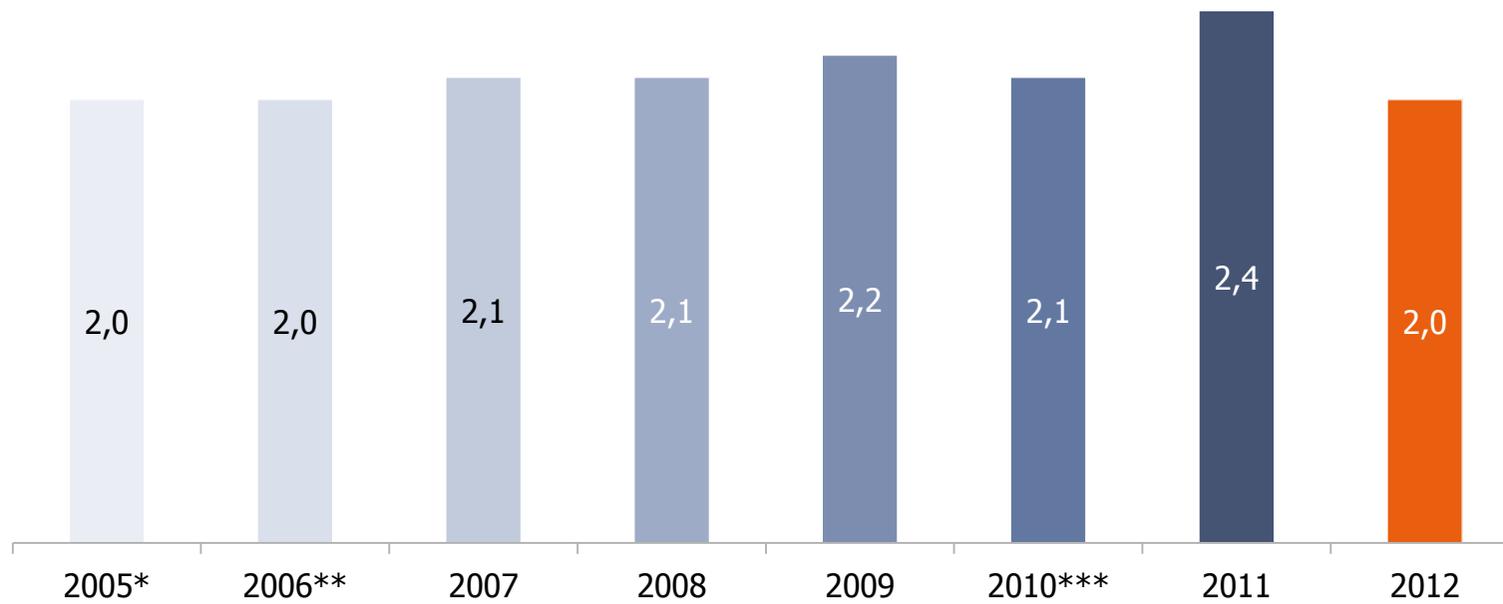
Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die wirtschaftliche Stabilität mit der tatsächlichen Entwicklung des BIP (real) in %

(Sorge um die wirtschaftliche Stabilität: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Problemvielfalt in Europa

Anzahl der genannten Probleme pro Person; Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet

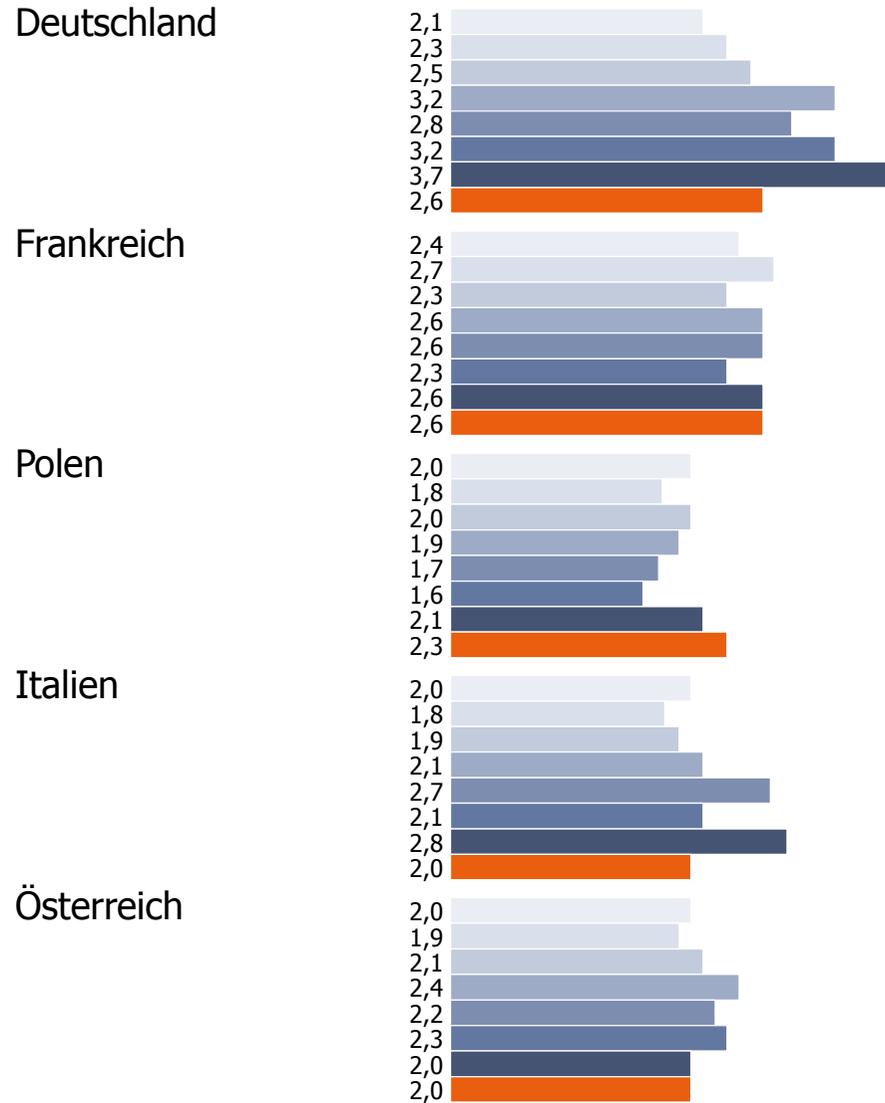


*2005 inkl. Russland; **ab 2006 inkl. Belgien; ***ab 2010 inkl. Schweden



Problemvielfalt im europäischen Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land



2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



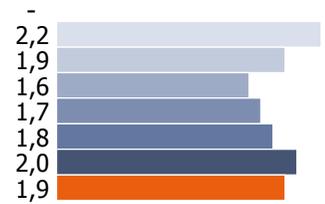
Problemvielfalt im europäischen Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land

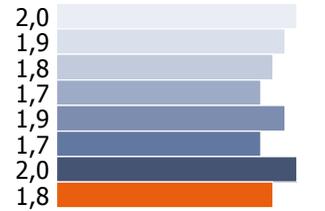
Großbritannien



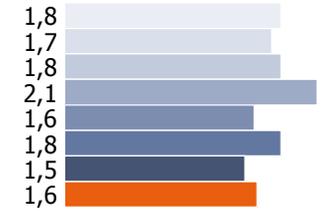
Belgien



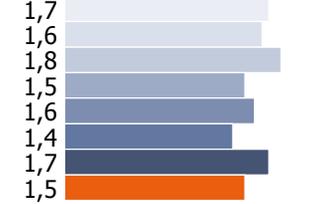
Russland



Niederlande



Spanien

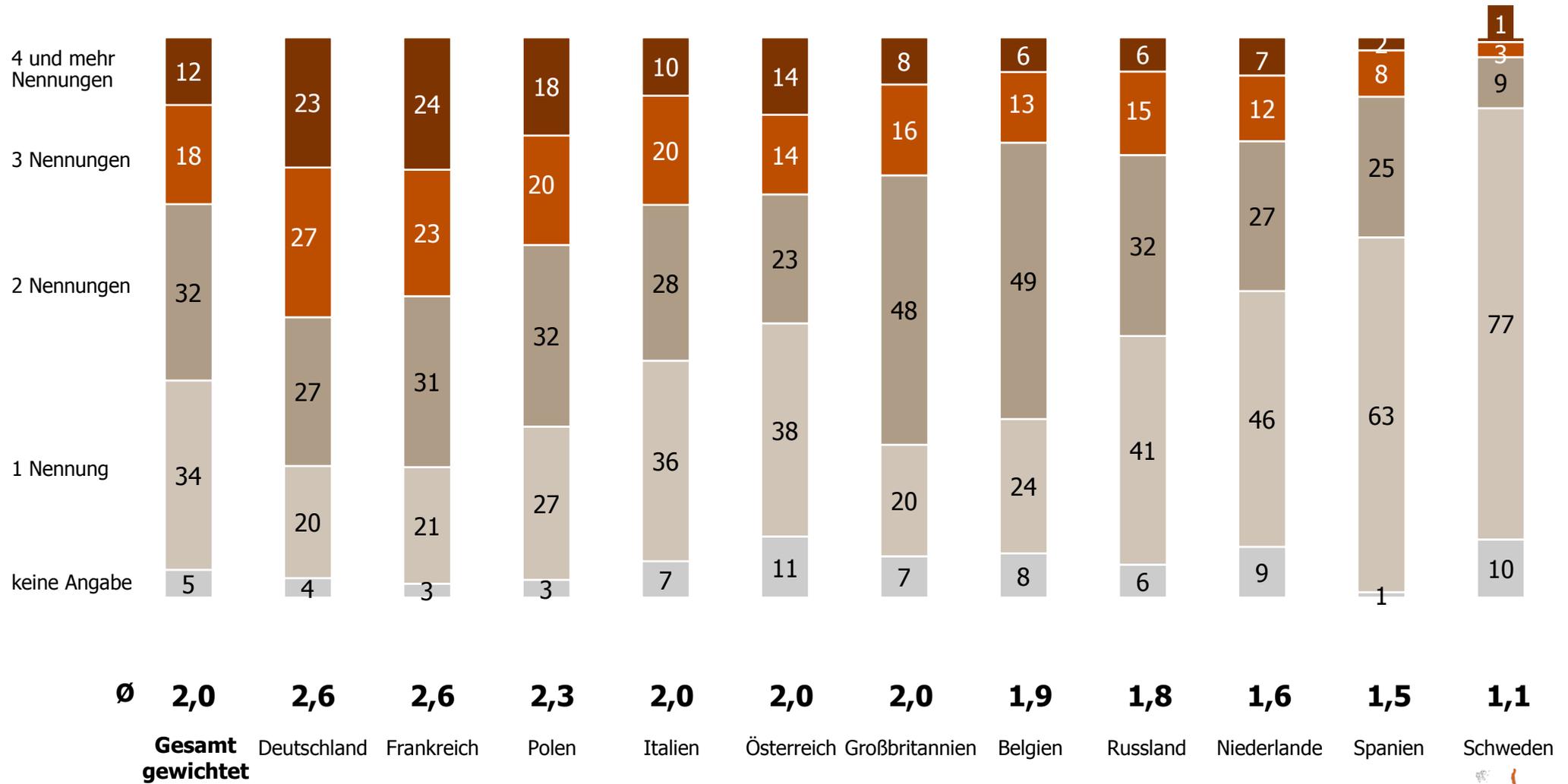


Schweden



Anzahl der Nennungen im europäischen Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %



Europa – zentrale Ergebnisse (1)

Das **Untersuchungsgebiet** der Studie „Challenges of Europe“ umfasst seit 2010 elf europäische Länder: Deutschland, Italien, Frankreich, Polen, Österreich, Großbritannien, Belgien, Russland, Spanien, die Niederlande und Schweden. Stellvertretend für Europa wurden in diesen Ländern 13.355 Bürgerinnen und Bürger befragt. Ihre Antworten repräsentieren die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Sorgen von etwa 460 Millionen Menschen. Um eine **gesamteuropäische Betrachtung** zu ermöglichen, werden die Ergebnisse der einzelnen Länder entsprechend dem jeweiligen Anteil der Bevölkerung zusammengefasst.

Zusätzlich wird **Griechenland** in diesem Jahr als **Fokus-Land** in die Studie aufgenommen. Allerdings werden die griechischen Ergebnisse nicht in die gesamteuropäische Darstellung integriert, da die Erhebung nur für 2012 vorgesehen ist.

Die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** bleibt – wie bereits seit der Wirtschaftskrise im Jahre 2009 – „Spitzenreiter“ in Europa: 38% der Befragten betrachten die Lage auf dem Arbeitsmarkt als die größte Herausforderung ihres Landes (-1 Prozentpunkt). In Spanien herrscht mit 79% die größte Beunruhigung, d.h. 4 von 5 Spaniern schätzen die Arbeitsmarktsituation als verbesserungswürdig ein. Dahinter rangiert Frankreich, wo sich fast zwei von

drei Bürgern Gedanken über dieses Thema machen (63%). Jeweils die Hälfte der Befragten in Italien (50%) und Polen (49%) wünschen sich eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und ein Drittel der Deutschen äußert sich besorgt über die Arbeitslosigkeit hierzulande. Noch über der 20%-Marke liegen Großbritannien und Schweden mit jeweils 29%, Österreich mit 22% und Belgien mit 21%. In Russland und vor allem in den Niederlanden löst die Arbeitslosigkeit im Ländervergleich mit 16% bzw. 11% eine vergleichsweise geringe Beunruhigung aus.

Wie im letzten Jahr befindet sich die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** auf dem zweiten Platz der europäischen Sorgenliste. Allerdings hat die Brisanz des Themas mit aktuell 22% versus 26% in 2011 nachgelassen. Die höchste Priorität erfährt das Thema in Frankreich, wo gut jeder dritte Bürger (34%) die Preis-/Kaufkraftentwicklung als Problem sieht, dicht gefolgt von Russland mit 30%. Jeweils ein Viertel der Deutschen sowie der Polen äußert sich ebenfalls besorgt über dieses Thema. In Belgien belegt das Thema mit 22% sogar Platz 1 der landesspezifischen Sorgenliste. In Italien (18%) und Österreich (14%) sind die Bedenken hinsichtlich der Preis- und Kaufkraftentwicklung ebenfalls präsent. Eine untergeordnete Rolle spielt die Thematik in Großbritannien und in den Niederlanden mit jeweils 7% und fast keine Rolle in Spanien und Schweden mit 2% bzw. 1%.



Europa – zentrale Ergebnisse (2)

Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** ist aktuell von Platz 5 im letzten Jahr auf Platz 3 nach oben geklettert und hat angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise wieder an Bedeutung gewonnen: 16% der Europäer (+4 Prozentpunkte) sorgen sich um die konjunkturelle Entwicklung. Damit bleibt seit dem Krisenjahr 2009 die Besorgnis auf einem deutlich höheren Niveau als in den Jahren davor. Die meisten Gedanken diesbezüglich machen sich die Italiener mit 30% und die Spanier mit 29%. Die Bürger in Deutschland und Großbritannien sind mit 24% bzw. 22% ebenfalls überdurchschnittlich beunruhigt.

Mit jeweils 10% belegen die Themenkomplexe um die **Renten bzw. die Altersversorgung** und um das **Gesundheitswesen** in diesem Jahr die Plätze 4 und 5 auf der Agenda. Beide Bereiche bleiben weitgehend stabil. In Polen ist die Sorge jeweils am größten: 24% der polnischen Bürger sehen beim Gesundheitswesen und 19% bei den Renten und der Altersversorgung Handlungsbedarf. Die Alterssicherung beunruhigt aber auch die Österreicher (17%) stark. Eine recht hohe Relevanz hat das Thema ebenfalls in Russland mit 14% sowie in Deutschland und Belgien mit jeweils 13%. Verbesserungen im Gesundheitswesen werden außer in Polen auch in den Niederlanden (14%), in

Großbritannien (13%) und in Deutschland (11%) als dringende Aufgaben thematisiert.

Eine konstante Herausforderung in Europa bleibt mit 9% das **Wohnungsproblem** bzw. die **Mieten** (-1 Prozentpunkt). Besonders kritisch wird die Lage in Russland und Frankreich wahrgenommen, wo sich fast jeder fünfte Befragte (jeweils 19%) eine Verbesserung der Wohnungs- und Immobiliensituation wünscht. In Großbritannien liegt der Anteil der Beunruhigten bei 7%, in den anderen Ländern dagegen deutlich unter 5%.

In der Wichtigkeit und im Sorgenranking gesunken ist der Themenkomplex **Politik/Regierung**. Während sich das Thema im letzten Jahr mit 12% noch auf Platz 3 befunden hat, ist es nun mit 8% auf Platz 7 gesunken. Die belgischen Bürger widmen der Thematik mit 18% nach wie vor die höchste Aufmerksamkeit, obwohl die Besorgnis nach der Bildung einer neuen Regierung sprichwörtlich in den Keller gerutscht ist. Aber auch in Österreich kritisieren 16% die politische Führung. In Polen und Deutschland äußern 13% diesbezüglich ihren Unmut.



Europa – zentrale Ergebnisse (3)

Auf den Plätzen 8 und 9 der europäischen Sorgenliste stehen die Themen **Bildungspolitik** und **Kriminalität**: Jeweils 7% der Europäer sehen Handlungsbedarf in diesen beiden Bereichen. Im Vergleich zum letzten Jahr sind in den Augen der Europäer sowohl die Sorgen um die Bildungspolitik (-3 Prozentpunkte) als auch um die Kriminalität (-5 Prozentpunkte) etwas geringer geworden. Die größten Bedenken hinsichtlich der Bildungspolitik zeigen mit 12% die Deutschen, gefolgt von Österreich mit 10% und Frankreich sowie Russland mit 9%. Die Kriminalität wird gleichermaßen von 12% der Briten, der Italiener und der Niederländer als Problemfeld gesehen. In Frankreich wünschen sich 10% eine bessere Verbrechensbekämpfung.

Über die **Jugendarbeitslosigkeit** sind 5% der Europäer besorgt. Obwohl dieser Wert seit Jahren konstant bleibt, rückt das Thema in diesem Jahr zum ersten Mal in die europäischen Top 10 der Probleme auf. Die größte Besorgnis herrscht mit 14% in Schweden; ebenfalls 11% der Italiener und 9% der Polen fordern Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in ihrem Land.

Unterschiede zwischen den europäischen Ländern zeigen sich nicht nur hinsichtlich der Priorisierung der einzelnen Themen,

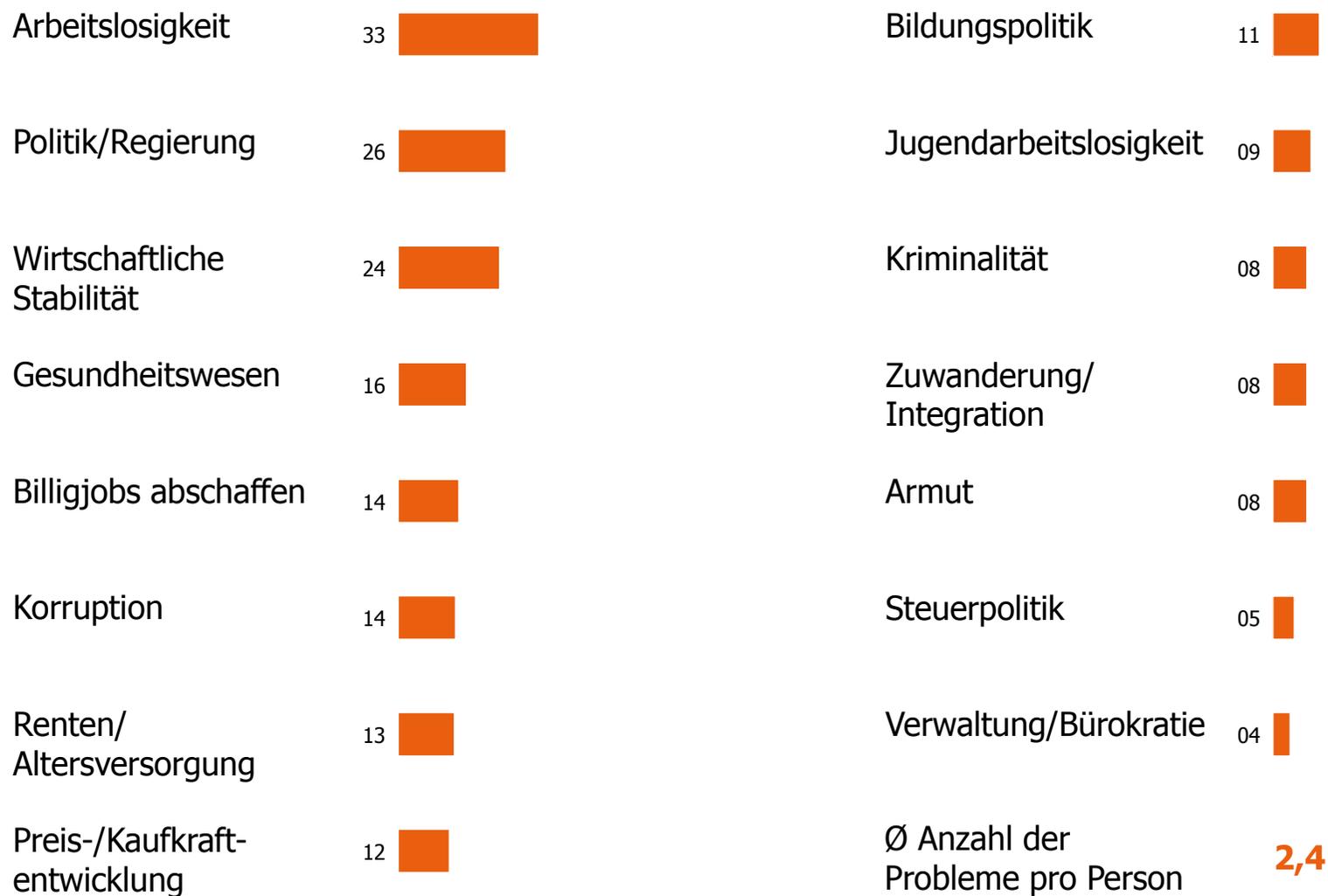
sondern auch in der **Problemvielfalt**: Die durchschnittliche Anzahl der Probleme, die die Bürger in ihren jeweiligen Ländern identifizieren, variiert zwischen 1,1 und 2,6 Nennungen. Länderübergreifend werden von den Befragten 2,0 Themen angeführt, was einen deutlichen Rückgang im Vergleich zu 2011 darstellt. Damals wurden noch durchschnittlich 2,4 Herausforderungen genannt.

Am kritischsten erweisen sich die Deutschen und die Franzosen mit durchschnittlich 2,6 Themen pro Befragtem. Während die Besorgnis in Frankreich konstant geblieben ist, ist sie jedoch in Deutschland im Vergleich zum letzten Jahr mit noch durchschnittlich 3,7 Nennungen stark zurückgegangen. Darauf folgen die Polen mit 2,3 genannten Problemen pro Person, eine für Polen relativ hohe Frequenz und der zweite Anstieg in Folge. Außer in Polen hat die durchschnittliche Anzahl der genannten Probleme nur noch in den Niederlanden und in Schweden zugenommen, liegt aber mit 1,5 bzw. 1,1 Herausforderungen auf einem insgesamt sehr niedrigen Niveau. Die Schweden zeigen sich wie bereits in den letzten beiden Jahren dabei als die europäische Nation mit der geringsten Besorgnis.



Die Herausforderungen in Griechenland 2012 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Griechenland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.201 Befragte



Griechenland – zentrale Ergebnisse (1)

Mit durchschnittlich 2,4 genannten **Problemen pro Person** reiht sich Griechenland hinter Deutschland und Frankreich in die sorgenvollsten Nationen Europas ein. Angesichts der bestehenden Haushalts- und Staatsschuldenkrise des Landes, die alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereiche erfasst hat, ist dieses Ergebnis nicht überraschend und nachvollziehbar.

Als Hauptsorge der Griechen hat sich in der Studie die **Arbeitslosigkeit** mit 33% herauskristallisiert. Die Zahlen sprechen für sich: Seit 2009 hat sich die Arbeitslosenquote laut OECD von 9,5% auf 17,7% in 2011 fast verdoppelt und lag im Dezember 2011 sogar bei 21%. Bei den unter 25-Jährigen sieht die Situation noch weit dramatischer aus: Mit einer Arbeitslosenquote von 44,4% in 2011 ist fast die Hälfte der jungen Menschen ohne Arbeit – ein Zuwachs um mehr als 10 Prozentpunkte binnen eines Jahres. Dementsprechend wird die Herausforderung **Jugend-arbeitslosigkeit** von weiteren 9% der Griechen genannt – das ist fast doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt von 5%.

Die schlechte Arbeitsmarktlage ist eine Folge der **wirtschaftlichen Entwicklung**. Seit 2008 weist das Land laut Eurostat ununterbrochen negative Wachstumswerte auf. In diesem Zeitraum ist die griechische Wirtschaftsleistung um ein Fünftel

geschrumpft und es sind etwa 600.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. 2011, als der Rest Europas sich schon wieder im Aufwind befand, ist das BIP noch einmal um 6,9% zurückgegangen und auch für 2012 wird ein weiteres Sinken der Wirtschaftsleistung prognostiziert. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich fast jeder vierte Grieche um die konjunkturelle Entwicklung sorgt (24%). Die Beunruhigung liegt damit deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 16%, aber noch unter dem Niveau der Euro-Länder Spanien und Italien.

Auf Platz 5 der griechischen Sorgenliste liegt mit 14% die Forderung nach der **Abschaffung von Billigjobs**. Denn ein weiteres Problem auf dem Arbeitsmarkt ist die sinkende Bezahlung verbunden mit Steuererhöhungen; dies macht es für viele Erwerbstätige zunehmend schwierig, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, so dass einzelne Pressestimmen sogar von einer „Verarmung der Mittelschicht“ sprechen. Daher ist es wenig verwunderlich, dass sich mit 8% die Sorge über die **Armut** auf Platz 13 befindet. In diesem Zusammenhang ist auch die Beunruhigung über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 12% zu sehen; das bedeutet Platz 8. Hierbei kommt zum Ausdruck, dass die Griechen eine generelle Senkung der Preise und damit eine Stärkung ihrer Kaufkraft fordern.



Griechenland – zentrale Ergebnisse (2)

Die schlechte Verfassung des Landes scheinen die Griechen in erster Linie den Politikern anzulasten: 26% äußern Kritik an der **Politik** und der **Regierung**, das ist bei weitem die größte Besorgnis unter allen Ländern dieser Studie. Die Parlamentswahlen im Mai 2012 fanden erst nach der Erhebung statt, ansonsten wäre die Beunruhigung vermutlich noch größer gewesen. Denn die beiden großen Volksparteien Nea Dimokratia (ND) und die Panellinio Sosialistiko Kinima (PASOK) mussten starke Stimmenverluste hinnehmen und erreichten gemeinsam keine Regierungsmehrheit. Auch die Koalitionsgespräche im Anschluss blieben erfolglos, so dass im Juni noch einmal gewählt werden muss. Zusätzlich bringt die hohe Staatsverschuldung Griechenland an den Rand der politischen und wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit. Das Land ist derzeit auf die Unterstützung der EU, der EZB und des IWF angewiesen. Zwar ist Griechenland im März der Schuldenschnitt gelungen, an den ein weiteres Hilfspaket in Höhe von 130 Milliarden Euro geknüpft war, aber im Gegenzug werden massive Einsparungen erwartet. Mit der erneuten Wahl im Juni 2012 werden die griechischen Bürger vermutlich darüber abstimmen, ob der Sparkurs fortgesetzt und damit der Verbleib in der Eurogruppe ermöglicht wird oder nicht. Denn einige Parteien, wie das linke Parteienbündnis SYRIZA, lehnen den strikten Sparkurs kategorisch ab – wie auch ein Teil der Bevölkerung, was sich immer wieder in heftigen Protesten äußert.

Die Sparmaßnahmen erstrecken sich auf die ganze Gesellschaft, allerdings sind das **Gesundheitswesen** und die **Altersversorgung** besonders betroffen. Über die gesundheitliche Versorgung sorgen sich 16% der Griechen, das Thema belegt damit Rang 4 auf der Agenda. Für 13% der Griechen stellt die Sicherung der Renten eine drängende Aufgabe dar. Um die Staatsausgaben zu senken und den Haushalt zu konsolidieren, wurden Rentenkürzungen beschlossen (-4% in 2010). Und ebenfalls 2010 wurde eine Rentenreform verabschiedet, die neben einigen Veränderungen bei den Berechnungsgrundlagen auch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen auf 65 Jahre beinhaltet. Diese soll bis 2013 umgesetzt werden.

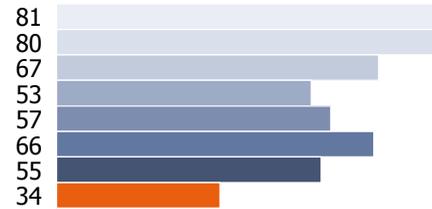
Handlungsbedarf besteht aus Sicht der Bürger auch bei der Bekämpfung der **Korruption**. Dieses Thema nennen 14% und platzieren es damit auf Rang 6. Mit einem Corruption Perception Index von 3,4 – also eine relativ hohe wahrgenommene Korruption – liegt Griechenland in Europa auf einem der hinteren Rangplätze. Dies könnte u.a. daran liegen, dass seit den 80er Jahren Positionen im öffentlichen Dienst als Gegenleistung für Wählerstimmen vergeben wurden. Möglicherweise prangern die Griechen deshalb auch die ineffiziente **Verwaltung** und **Bürokratie** mit 4% an.



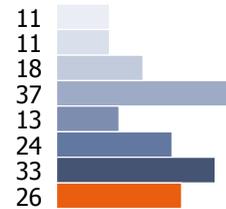
Die Herausforderungen in Deutschland 2005-2012, Top 10

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

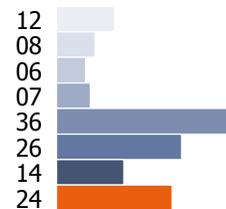
Arbeitslosigkeit



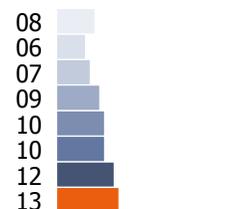
Preis-/Kaufkraftentwicklung



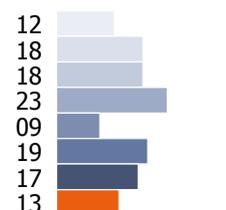
Wirtschaftliche Stabilität



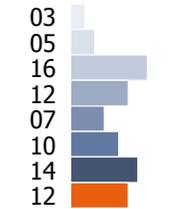
Politik/Regierung



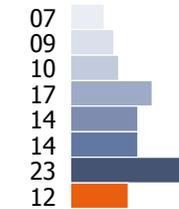
Renten/ Altersversorgung



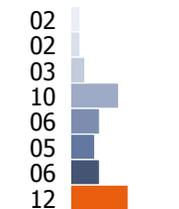
Umweltschutz



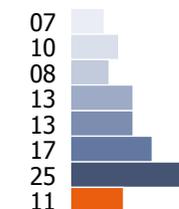
Bildungspolitik



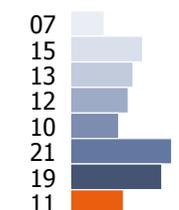
Armut



Soziale Sicherung



Gesundheitswesen



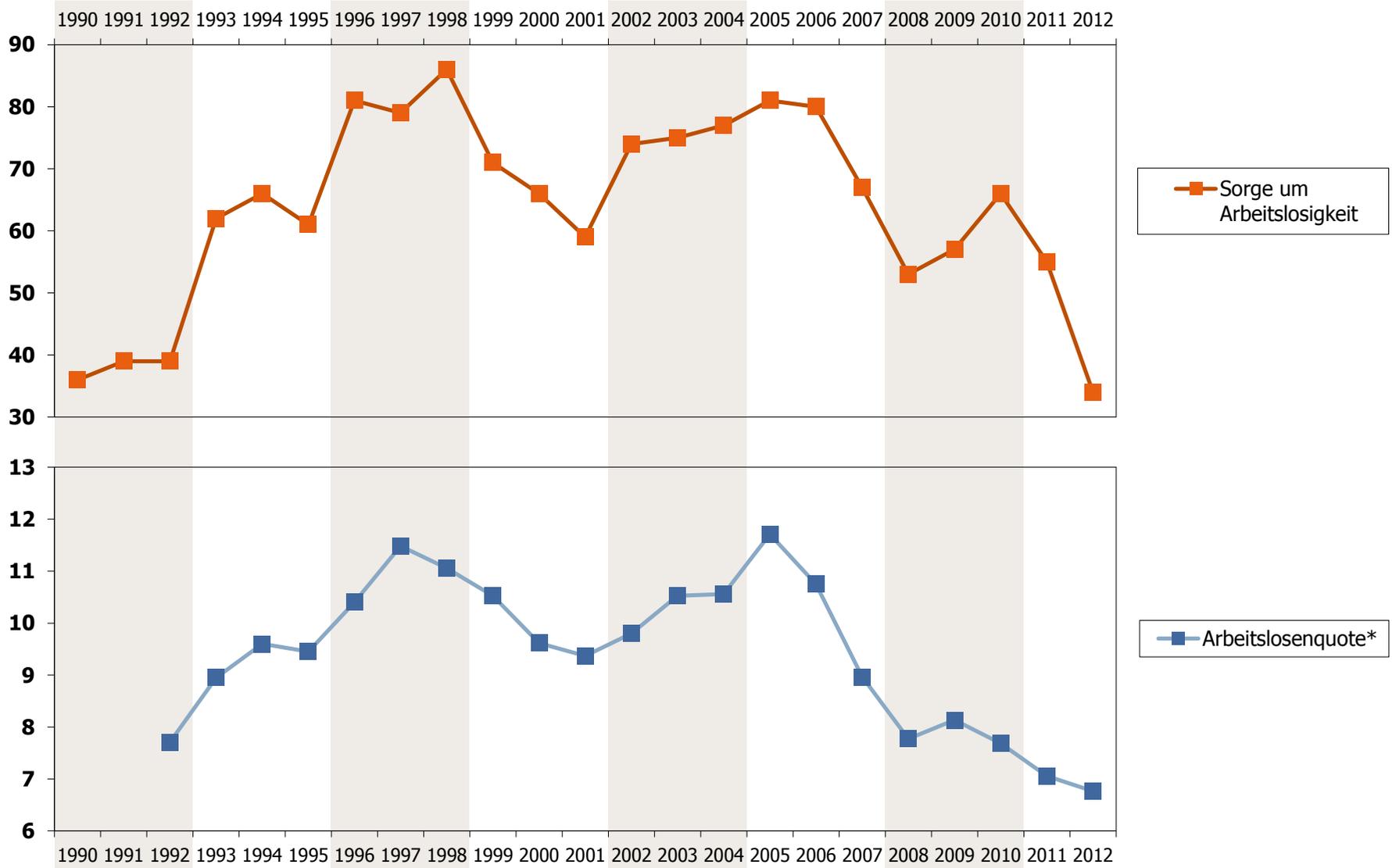
Basis 2012: 2.087 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Arbeitslosigkeit in Deutschland 1990-2012, Platz 1: Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote

... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

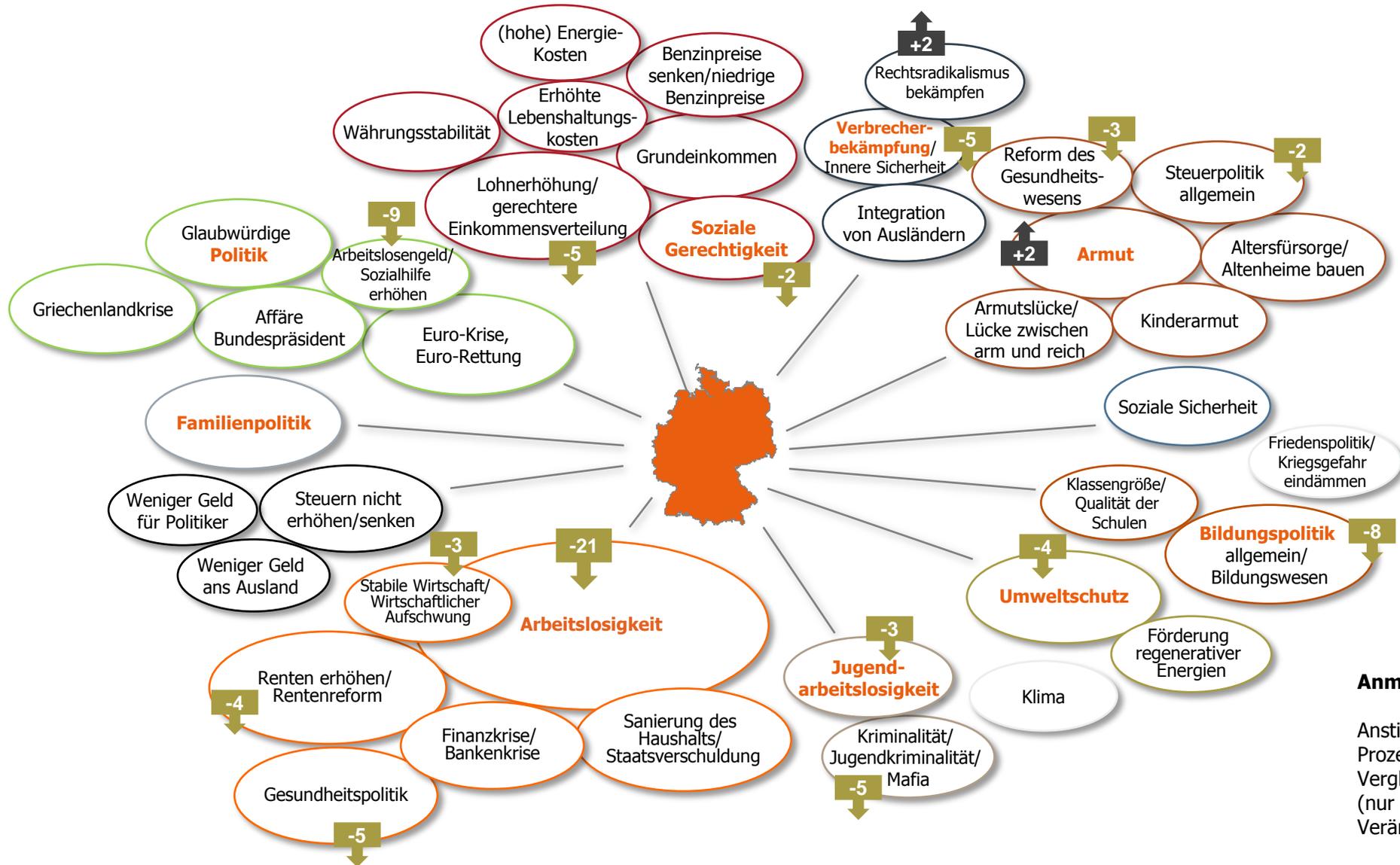


*Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen, saisonbereinigt, Quelle: Deutsche Bundesbank



Die Herausforderungen in Deutschland 2012

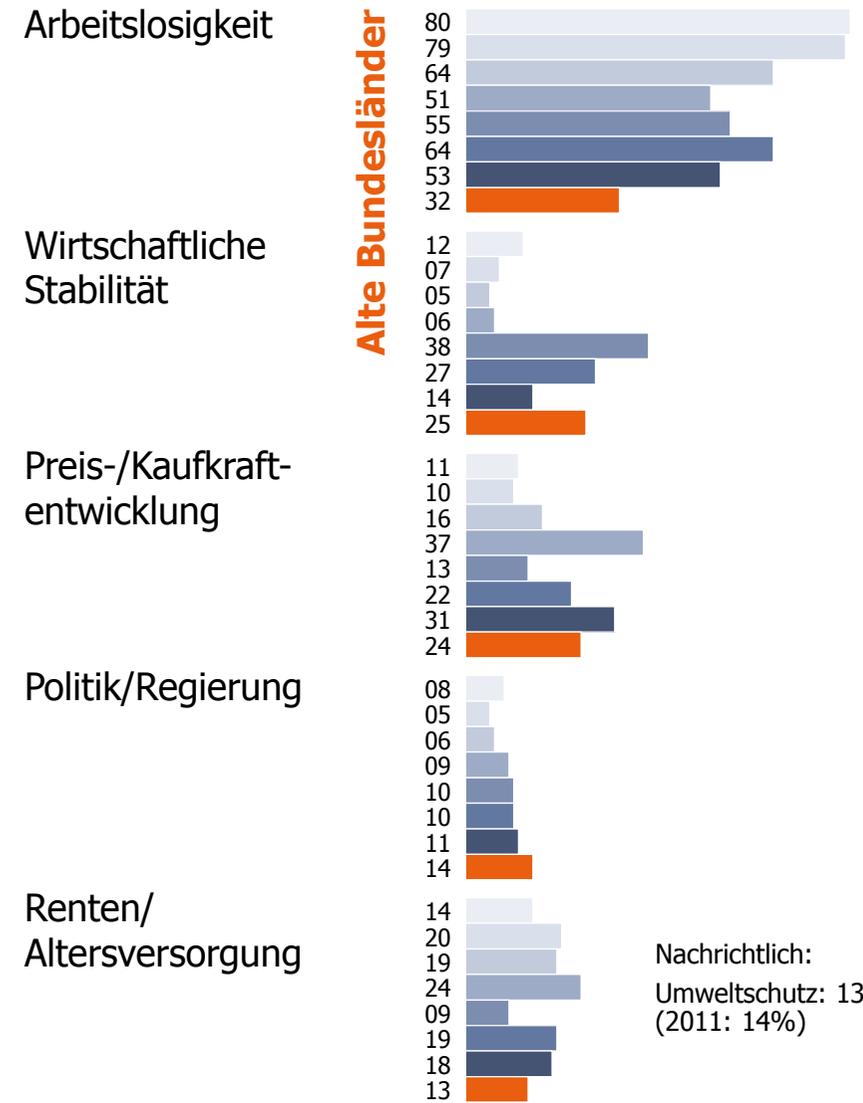
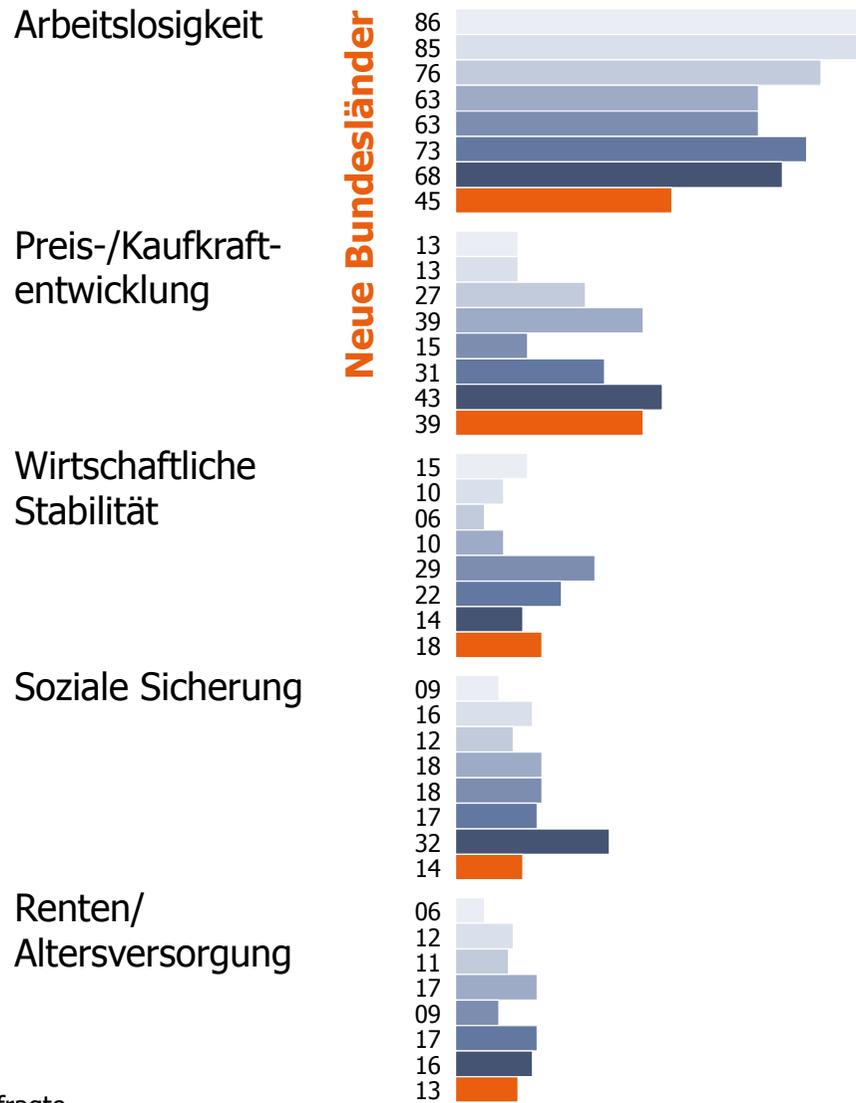
Analyse des „Semantischen Netzes“



Anmerkung:
Anstieg um x Prozentpunkte im Vergleich zu 2011 (nur signifikante Veränderungen >1)

Die Herausforderungen in Deutschland Neue und alte Bundesländer 2005-2012 Top 5

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:
Umweltschutz: 13%
(2011: 14%)

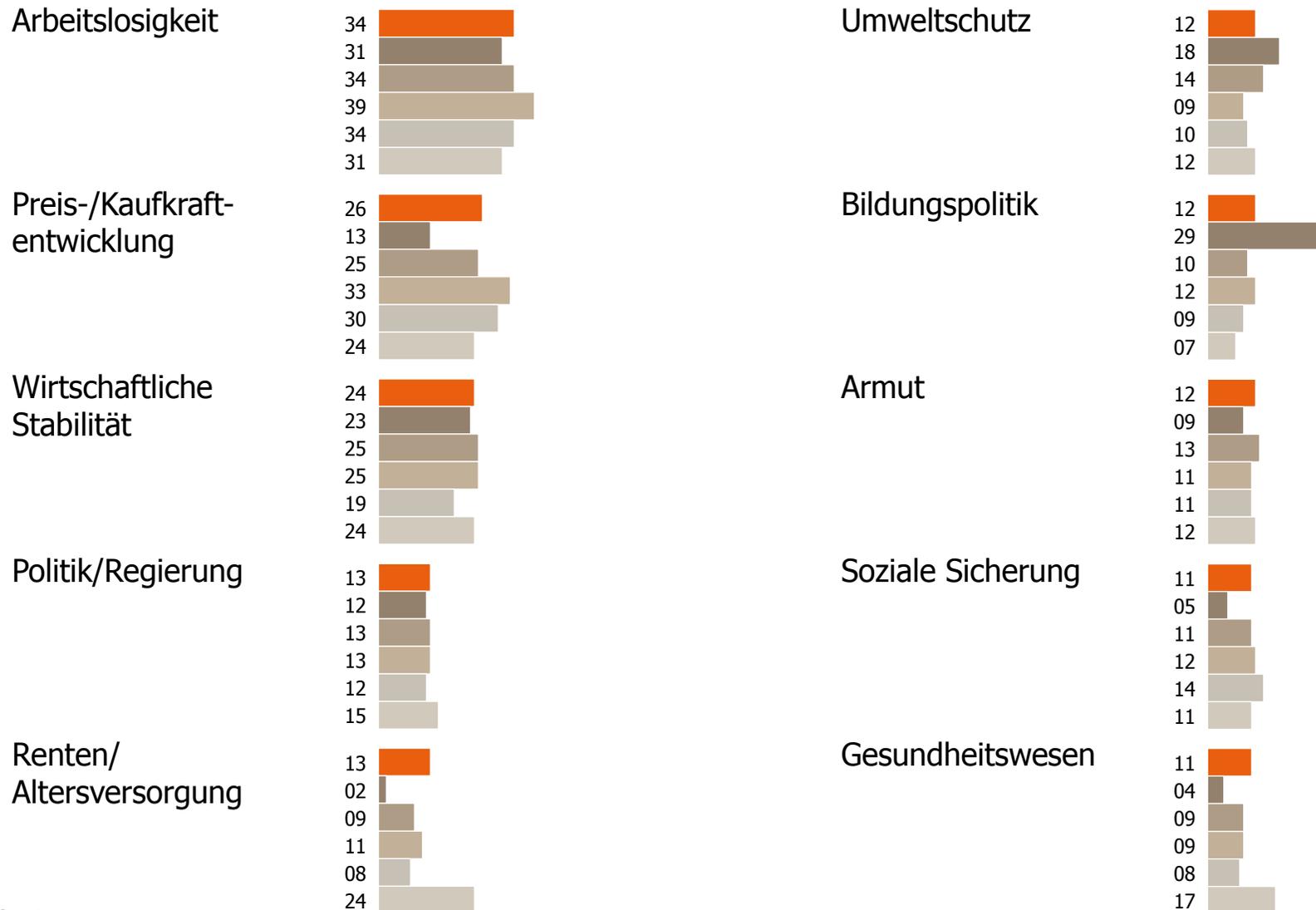
Basis 2012: 2.087 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Die Herausforderungen in Deutschland Nach Lebenswelten 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2012: 2.087 Befragte

■ Gesamt
 ■ Studierende/in Ausbildung Befindliche
 ■ Gehobene soziale Schichten
 ■ Mittlere soziale Schichten
 ■ Einfache Lebenslage
 ■ Ältere Männer und Frauen im Ruhestand



Deutschland – zentrale Ergebnisse (1)

Das Thema **Arbeitslosigkeit** führt auch in diesem Jahr die Sorgenliste der Deutschen an, jedoch mit einem erdrutschartigen Rückgang: Mit aktuell 34% ist die Besorgnis innerhalb nur eines Jahres um 21 Prozentpunkte gesunken. Nach den Höchstwerten von über 80% Mitte des letzten Jahrzehnts zeigen sich jetzt wieder so wenige Deutsche beunruhigt wie zuletzt zu Beginn der 1990er Jahre. Grund für diese Entwicklung ist sicherlich die positive Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist laut OECD von 7,1% im Jahr 2010 auf 6,0% im Jahr 2011 zurückgegangen und erreicht damit wieder annähernd das Niveau von 1991, als die Arbeitslosenquote laut Eurostat bei 5,5% lag. Dementsprechend erreichte die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2011 den höchsten Wert seit 20 Jahren und auch für 2012 wird noch mit einem weiteren, wenn auch abgeschwächten Zuwachs an Beschäftigung gerechnet.

Eine Unwägbarkeit in Bezug auf den Arbeitsmarkt ist in der **wirtschaftlichen Entwicklung** im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschafts- bzw. Schuldenkrise in Europa zu sehen: Zwar fiel im Jahr 2011 das BIP-Wachstum in Deutschland mit einem Plus von 3% laut Eurostat vergleichsweise hoch aus, doch bereits gegen Ende des Jahres zeigte sich eine Abschwächung. Denn die Zuwachsraten der deutschen Exporte in die EU, die etwa 60% der gesamten deutschen Ausfuhraktivitäten umfassen, haben sich insbesondere aufgrund der schwachen Nachfrage aus der

teilweise krisengebeutelten Euro-Zone spürbar abgeschwächt. Gestützt wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch den privaten Konsum, der aufgrund der positiven Arbeitsmarktsituation in 2011 um 1,5% zunahm. Für 2012 wird aber nur noch ein Wirtschaftswachstum von circa 1% erwartet. Dementsprechend haben die Sorgen der Bürger um die wirtschaftliche Entwicklung um 10 Prozentpunkte zugenommen und belegen mit 24% den dritten Platz, eine im mittelfristigen Vergleich starke Beunruhigung.

Auf dem zweiten Platz befindet sich das Thema **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Nachdem die Besorgnis seit 2009 stetig zugenommen hatte, machen sich in diesem Jahr noch 26% der Deutschen Gedanken über die Preissteigerung. Das sind zwar 7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, kann aber noch nicht als Entspannung gedeutet werden. Der aktuelle Rückgang hängt vermutlich mit den verbesserten Einkommensaussichten aufgrund der hohen Tarifabschlüsse und der Arbeitsplatzsicherheit zusammen. Die hohen Energiepreise ließen aber die Inflationsrate gemäß OECD von 1,1% im Jahr 2010 auf 2,3% in 2011 steigen und auch für 2012 wird eine Preissteigerung von 2% oder knapp darunter erwartet. Dies unterstellt allerdings, dass es zu keinen weiteren drastischen Ölpreisanstiegen kommt. Zudem tragen die Diskussionen über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage einiger europäischer Länder zu wachsender Unsicherheit über die Stabilität des Euro und damit der Kaufkraftentwicklung bei.



Deutschland – zentrale Ergebnisse (2)

Der Themenkomplex **Politik** und **Regierung** nimmt den vierten Platz im Ranking der Deutschen ein. Mit aktuell 13% äußern zwar kaum mehr Bürger Kritik an der politischen Führung als im letzten Jahr, doch das Thema ist weit nach vorne gerückt. Insgesamt zeigt sich seit 2006 ein leicht steigender Trend, der in der letzten Jahren sicherlich auch durch unpopuläre Entscheidungen seitens der Politik und der Regierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Euro-Schuldenkrise gespeist wurde. Eine Besonderheit zu Beginn des Jahres stellten die Diskussionen um eine mögliche Vorteilsannahme des inzwischen zurückgetretenen Bundespräsidenten Wulff in seiner früheren Funktion als Ministerpräsident dar. Explizit forderten 4% der Deutschen zum Befragungszeitpunkt eine Lösung der Affäre.

Ein Rückgang der Beunruhigung zeigt sich beim Thema **Renten** bzw. **Altersversorgung**. Mit derzeit 13%, nach 17% in 2011, liegt die Sorge um die Alterssicherung in diesem Jahr auf Platz 5. Zu der aktuellen Entspannung könnte die inzwischen beschlossene Anhebung der Renten um rund 2% ab Juli 2012 beigetragen haben. Zum Befragungszeitpunkt stand dies zwar noch nicht fest, war aber aufgrund der positiven Lohnentwicklung, an die eine Rentenerhöhung gekoppelt ist, bereits absehbar. Zudem

entspannt sich durch die gute Arbeitsmarktlage die finanzielle Situation der Rentenkassen. Zum politischen und gesellschaftlichen Dauerbrenner wird die Altersversorgung jedoch durch anhaltende Debatten über die demografische Entwicklung und weitere Erhöhungen des Renteneintrittsalters.

Im Jahr 2012 ist das Thema **Umweltschutz** auf der Agenda der Deutschen nach oben gerückt, vom neunten Platz im Vorjahr auf aktuell Platz 6. Damit hat sich dieses Thema unter den Top 10 etabliert, obwohl das Ausmaß der Besorgnis leicht um 2 Prozentpunkte auf 12% zurückgegangen ist. Im letzten Jahr fand die Befragung vor der Katastrophe in Fukushima statt, sonst wäre die Besorgnis damals vermutlich größer gewesen. Nun könnten die von der Politik ergriffenen Maßnahmen eigentlich zu einem deutlichen Rückgang der Beunruhigung führen. So wurde etwa am 6. Juni 2011 ein Gesetespaket zum Atomausstieg und zur Energiewende verabschiedet, nach dem die derzeit betriebenen Kernkraftwerke bis Ende 2022 vom Netz gehen sollen. Doch möglicherweise halten die ebenfalls beschlossenen sukzessiven Kürzungen der Solarförderung die Diskussionen über den Fortschritt der „Energiewende“ aufrecht – und damit die Besorgnis der Deutschen auf einem relativ hohen Niveau.



Deutschland – zentrale Ergebnisse (3)

Deutliche Entspannung ist bei der Sorge um die **Bildungspolitik** spürbar, mit einer Verringerung um 11 Prozentpunkte sorgen sich nur noch 12% der Deutschen. Damit wird sogar die Beunruhigung der Jahre 2010 und 2009 wieder leicht unterschritten. Im letzten Jahr ließen noch der erwartete Ansturm auf die Universitäten durch doppelte Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern sowie die Abschaffung der Wehrpflicht die Besorgnis in die Höhe schnellen. Doch offenbar zeigen die von Ministerien und Universitäten eingeleiteten Vorbereitungen, etwa zeitlich gestaffelte Abiturprüfungen für „G8“ und „G9“ oder Angebote zur Überbrückung bis zum Studienbeginn, Wirkung. Dadurch wurde zum Wintersemester 2011/2012 bundesweit erstmals die Grenze von 0,5 Mio. Studienanfängern überschritten. Das ist ein Anstieg um 16%, wobei in manchen technischen Fächern noch deutlich höhere Zuwächse verzeichnet werden konnten.

Die nächsten beiden Themen auf der Sorgenliste der Deutschen stehen in einem engen Zusammenhang, entwickeln sich jedoch gegenläufig: Die Besorgnis über die **soziale Sicherung** hat sich seit ihrem bisherigen Höchststand von 25% im letzten Jahr mehr als halbiert und liegt nun bei 11%. Im Frühjahr 2011

war die vom Bundesverfassungsgericht ausgelöste Diskussion über die Berechnung der Hartz IV-Sätze in vollem Gange. Die Gemüter erhitzen sich an der Erhöhung des Regelsatzes um insgesamt 8 Euro sowie einem Bildungspaket für Kinder. Beide Punkte sind inzwischen verabschiedet, die Diskussionen darüber sind abgeflaut. Was bleibt ist die Wahrnehmung, dass die Bekämpfung der **Armut** zunehmend eine wichtige Aufgabe für Politik und Gesellschaft darstellt. Mit 12% hat sich der Anteil der Beunruhigten binnen eines Jahres verdoppelt, das ist die bisher höchste gemessene Besorgnis.

Den letzten Platz der Top 10 Herausforderungen in Deutschland nimmt das **Gesundheitswesen** mit 11% ein. Damit ist die Sorge um dieses Thema um acht Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Möglicherweise liegt das an den großen Überschüssen der Krankenkassen, die zu Beginn des Jahres 2012 bekannt wurden. Die demografische Entwicklung, weitere Zusatzbeiträge aufgrund steigender Ausgaben und ein zunehmender Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen werden das Gesundheitssystem aber voraussichtlich im Fokus der öffentlichen Diskussion halten.



Deutschland – zentrale Ergebnisse, alte und neue Bundesländer im Vergleich

Der Vergleich der jeweils fünf wichtigsten Herausforderungen zwischen den neuen und alten Bundesländern in Deutschland ergibt ein ähnliches Bild, was die Relevanz der Themen angeht, um die man sich Sorgen macht. Allerdings variieren die Reihenfolge und das Ausmaß der Besorgnis über die unterschiedlichen Punkte.

Wie im Vorjahr belegt den Spitzenplatz sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern die Sorge um die **Arbeitslosigkeit**. In beiden Regionen ist die Zahl derer zurückgegangen, die die Arbeitsmarktlage als dringend zu lösende Aufgabe in Deutschland ansehen. Doch im Osten ist die Besorgnis mit 45% weiterhin höher als im Westen (32%).

Auf Platz zwei steht in Ostdeutschland die Sorge über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 39%, während diese in den alten Bundesländern auf Platz 3 mit einem Wert von 24% zu finden ist. Rückläufig entwickelt sich das Thema in beiden Landesteilen, aber im Westen weitaus stärker als im Osten.

Mit 18% nimmt die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** den dritten Platz im Osten ein, während diese in Westdeutschland mit 25% auf dem zweiten Platz steht – und hier auch stärker an Brisanz gewonnen hat.

Auf Platz vier zeigen sich die gravierendsten Unterschiede: In den neuen Bundesländern findet sich hier die **soziale Sicherung** mit 14%, die in den alten Bundesländern erst Platz 9 (10%) belegt. In Westdeutschland belegt diesen Rang der Themenkomplex um die **Politik** und die **Regierung** mit ebenfalls 14%. Dieses Thema nimmt im Osten mit 12% den sechsten Platz ein.

Mit dem fünften Platz „vereinen“ sich die Landesteile - und das nicht nur thematisch. Denn im Osten und wie im Westen wurde hier die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung** mit jeweils 13% platziert.



Deutschland – zentrale Ergebnisse, nach Lebenswelten

Eine Betrachtung der Ergebnisse nach Lebenswelten fördert unterschiedliche Wahrnehmungen der Themen zu Tage. Dies kann durch verschiedene sozioökonomische Lebenssituationen – und damit unterschiedliche Prioritäten – der jeweiligen Lebenswelten erklärt werden. Doch es zeigen sich auch Gemeinsamkeiten.

Alle Lebenswelten sehen einhellig die **Arbeitslosigkeit** als größte Herausforderung in Deutschland, wobei die mittleren sozialen Schichten sich am besorgtesten zeigen.

Die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** beunruhigt am wenigsten die Studierenden und die sich in Ausbildung Befindenden, wohingegen sich die einfachen und die mittleren sozialen Schichten am stärksten über den Preisanstieg sorgen.

Relativ gleichmäßig machen sich die Bürger in den verschiedenen Lebenswelten über die **wirtschaftliche Stabilität** und die **Politik** und die **Regierung** in Deutschland Gedanken, obwohl die Wahrnehmung der Themen insgesamt in Deutschland mit einem Abstand von 9 Prozentpunkten stark differiert.

Über die **Renten** und die **Altersversorgung** genauso wie über das **Gesundheitswesen** sind am stärksten ältere Männer und Frauen im Ruhestand besorgt, während sich die Studierenden und in Ausbildung Befindenden (noch) kaum um diese Themen Gedanken machen; der zeitliche Abstand zur eigenen Lebenssituation ist wohl zu groß.

Dafür empfinden die Studierenden und Auszubildenden insbesondere die sie unmittelbar betreffende **Bildungspolitik** als verbesserungsbedürftig. Und auch beim **Umweltschutz** erweisen sich die jüngeren Bürger als vergleichsweise kritischer.

Das Thema **Armut** nehmen alle Lebenswelten auf ähnliche Weise wahr, wobei sich, etwas überraschend, die gehobenen sozialen Schichten etwas mehr Gedanken machen.

Generell erweisen sich die gehobenen sozialen Schichten auch insgesamt als stärker sensibilisiert für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Themen. Im Durchschnitt nennen sie mehr **Probleme pro Person** als die anderen Lebenswelten.



Deutschland – zentrale Ergebnisse, Semantisches Netz

Für die deutschen Ergebnisse wurde wieder das semantische Netz anhand einer Clusteranalyse ermittelt. In der Grafik lassen sich vier verschiedene Informationen ablesen:

- Die Größe der Ellipsen gibt an, wie häufig ein Problem genannt wird.
- Der Abstand vom Mittelpunkt gibt an, wann ein Thema genannt wurde. Wenn also eine „Ellipse“ nah an der Mitte liegt, wird dieses Thema häufig zuerst genannt.
- Die Themen, die an einer Linie vom Mittelpunkt aus liegen und die sich überlappen bzw. zusammengehören, werden häufig zusammen genannt – sie bilden also eine gemeinsame Sorgenwelt.
- Ein Pfeil nach oben oder unten gibt an, ob die Relevanz eines Themas gegenüber 2011 signifikant gestiegen oder gesunken ist.

Im Jahr 2012 gibt es wieder eine Sorgenwelt, die sich unter dem Begriff **Arbeitslosigkeit** zusammenfassen lässt und sich im Chart unten links befindet. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie deutlich kleiner geworden, das liegt an der sinkenden Besorgnis über die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Links oben gibt es eine weitere relativ große Sorgenwelt, die die Themen **Politik** und **Euro-Krise** umfasst.

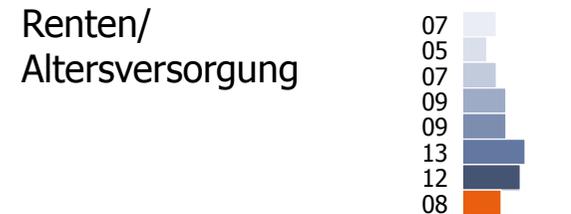
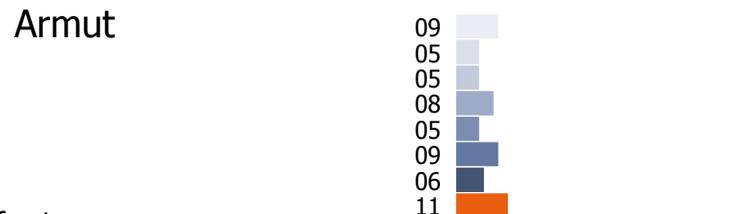
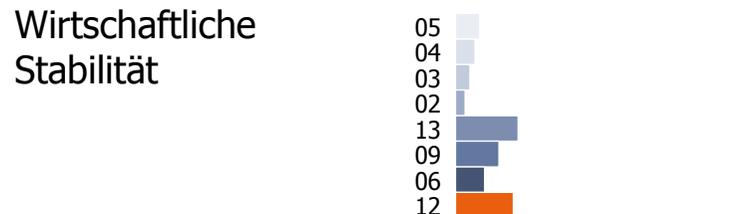
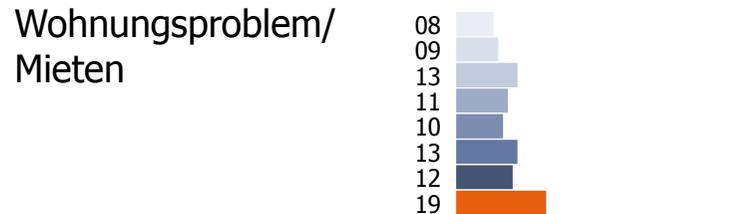
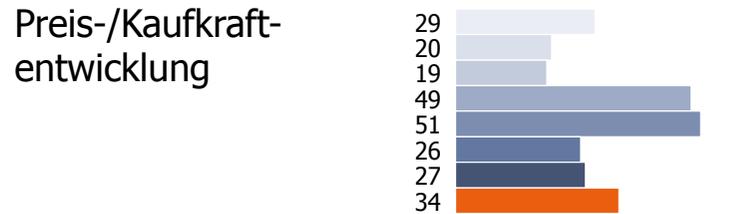
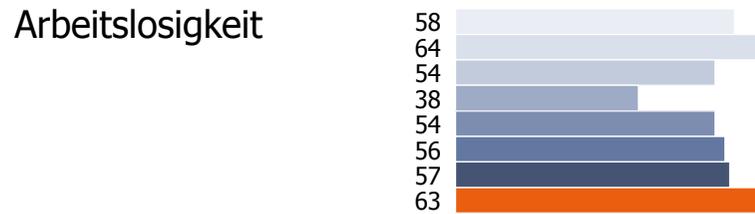
Im Uhrzeigersinn weiter rechts findet sich eine Sorgenwelt, die sich unter die Stichworte **soziale Gerechtigkeit**, **Einkommen** und **Preise** zusammenfassen lässt. Eine weitere Sorgenwelt, die Aspekte der **Armut** umfasst, steht rechts oben.

Zwischen diesen großen Themenfeldern gibt es noch mehrere kleinere Sorgenwelten zu den Themen Umweltschutz, Bildungspolitik, Jugendarbeitslosigkeit, Familienpolitik und Verbrechensbekämpfung.



Die Herausforderungen in Frankreich 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2012: 1.010 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Frankreich – zentrale Ergebnisse (1)

Die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** ist im Jahr 2012 in Frankreich erneut angestiegen. Mit einem Plus von 6 Prozentpunkten auf nun 63% ist sie weiterhin mit Abstand das wichtigste Thema der Franzosen. Dass die Bedenken nicht unbegründet sind, zeigt sich in der Entwicklung der Arbeitsmarktsituation: Die Arbeitslosenquote ist seit 2008 kontinuierlich von 7,8% auf 9,7% im Jahr 2011 gestiegen und übersprang laut Eurostat im Januar 2012 sogar die 10%-Marke. In Absolutzahlen zeigt sich die ganze Dramatik, denn die Zahl der Arbeitslosen hat zwischen 2007 und 2011 um rund 1 Mio. zugenommen und erreicht nun knapp 3 Mio. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde bei einem Krisengipfel Mitte Januar von der französischen Regierung ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Höhe von insgesamt 430 Mio. Euro beschlossen. Dabei stehen im Rahmen der Beschäftigungssicherung vor allem Erleichterungen bei der Kurzarbeit, die Beschäftigung junger Leute sowie die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den regulären Arbeitsmarkt im Mittelpunkt. Weitere Reformen, insbesondere zur Verbesserung der Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen, sind geplant.

Das zweitwichtigste Problem in Frankreich stellt das Thema **Preis- und Kaufkraftentwicklung** dar. Mit 34% ist die Besorgnis über die Preissteigerung um 7 Prozentpunkte seit dem

letzten Jahr angestiegen. Dieser Wert ist zwar noch nicht so hoch wie während der Finanzkrise 2008/2009, doch die Beunruhigung wächst. Diese Wahrnehmung kommt nicht von ungefähr, denn die Inflationsrate ist laut OECD nach 1,5% in 2010 auf 2,1% in 2011 gestiegen. Im Januar 2012 erreichte sie 2,3%, was hauptsächlich an den Energiepreisen lag, die im Vergleich zum Vorjahr um 8,1% zugelegt haben. Traditionell ist die Kaufkraft in Frankreich ein sensibles Thema, das auch aktuell von 12% der Franzosen explizit genannt wird. Direkt auf die Kaufkraft wirkt die seit Herbst 2011 diskutierte und Ende Februar beschlossene Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von derzeit 19,6% auf 21,2%. Mit dieser Steuererhöhung soll eine Senkung der Lohnnebenkosten finanziert werden, die wiederum den Arbeitsmarkt beflügeln soll. Hart trifft die Erhöhung der Mehrwertsteuer jedoch die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala oder die auf soziale Transferleistungen Angewiesenen.

Sicherlich liegt es nicht nur an der kommenden Mehrwertsteuererhöhung, sondern auch an der wirtschaftlichen Lage insgesamt, dass die Franzosen zunehmend **Armut** befürchten: 11% nehmen die Armut als ein Problem wahr, fast doppelt so viele wie noch 2011.



Frankreich – zentrale Ergebnisse (2)

Wachsende Beunruhigung zeigt sich auch beim Themenkomplex um **Wohnen** und **Mieten**. In diesem Jahr erachten 19% diesen als relevant, was einen Anstieg um 7 Prozentpunkte seit dem Vorjahr bedeutet. Auch die Immobilienpreise sind seit 2009 enorm angestiegen. In 2011 war die Zunahme mit 12% in Paris am größten, aber auch in den übrigen Regionen Frankreichs wurden deutliche Preissteigerungen verzeichnet. Ein Grund dafür war sicherlich die steigende Immobiliennachfrage, die dadurch ausgelöst wurde, dass die Regierung Steuerfreibeträge für Hypothekenzinsen vergab, um mehr Franzosen zu Immobilienbesitzern zu machen. Dies wird nun aber vermutlich den Sparzwängen zum Opfer fallen. Die hohe Immobiliennachfrage hat auch die Mieten in den letzten Jahren stark anziehen lassen. Hier sticht besonders die City von Paris hervor, wo laut Medienberichten der Quadratmeterpreis kleiner Apartments bis zu 80 Euro betragen kann. Deshalb will die Regierung die Höchstmiete für Wohnraum bis 13 Quadratmeter Größe auf 40 Euro/qm festsetzen und darüber hinausgehende Mieten mit einer Strafsteuer belegen. Zusätzlich verschärfte sich das Wohnungsproblem durch rückläufige Zahlen im Sozialwohnungsbau. Kein Wunder also, dass in diesem Jahr auch das Problem der **Obdachlosigkeit** erstmals in die französischen Top-Ten-Sorgen einzieht. 8% der Franzosen sind darüber beunruhigt.

Den vierten Platz auf der Agenda nimmt die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** ein; mit 12% hat sich der Wert gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Laut Eurostat betrug das Wirtschaftswachstum 2011 1,7%, doch für 2012 werden derzeit nur noch 0,4% erwartet. Ursprünglich blickten die Wirtschaftsforscher noch optimistischer auf die ökonomische Zukunft Frankreichs, doch bereits im Lauf des letzten Jahres mussten die Wachstumsprognosen für 2012 sukzessive nach unten korrigiert werden. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit die bereits beschlossenen Maßnahmen zum Schuldenabbau und zur Verbesserung des Arbeitsmarktes greifen werden – und welche politischen Veränderungen mit dem neuen Staatspräsidenten, dem Sozialisten Hollande, zu erwarten sind.

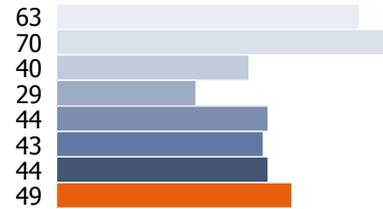
Ein deutlicher Rückgang zeigt sich bei der Einschätzung der Franzosen zum Thema **Kriminalität**. 10% sehen sie als besorgniserregend an, während es im Vorjahr noch 22% waren. Der Wunsch nach stärkerer Verbrechensbekämpfung entsteht oft in der Folge besonders dramatischer Ereignisse. Im letzten Jahr lösten dies vermutlich die Unruhen in Grenoble im Sommer 2010 und in den Banlieues zum Jahreswechsel 2010/2011 aus. Aktuell sorgen die Anschläge von Toulouse im März 2012, die sich nach der Befragung ereigneten, für große Bestürzung, bei denen ein Anhänger von Al Qaida sieben Menschen getötet hatte.



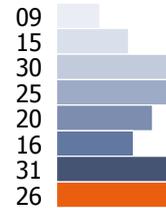
Die Herausforderungen in Polen 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

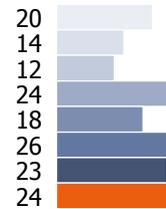
Arbeitslosigkeit



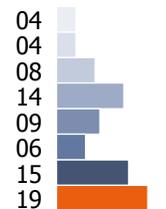
Preis-/Kaufkraftentwicklung



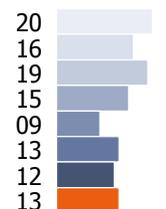
Gesundheitswesen



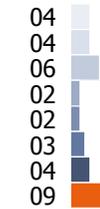
Renten/ Altersversorgung



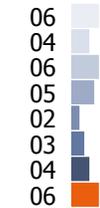
Politik/Regierung



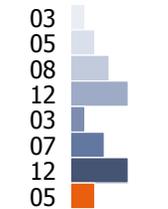
Jugendarbeitslosigkeit



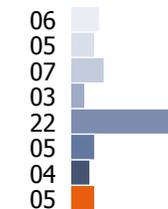
Armut



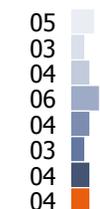
Verkehrspolitik



Wirtschaftliche Stabilität



Bildungspolitik



Basis 2012: 1.000 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Polen– zentrale Ergebnisse (1)

Den Spitzenreiter der polnischen Sorgenliste stellt auch in 2012 die **Arbeitslosigkeit** mit 49%. Damit liegt die Besorgnis über die Arbeitsmarktsituation zwar noch weit unter den Werten von 2005 und 2006, sie hat aber seit letztem Jahr wieder zugenommen. Die Arbeitslosenquote in Polen hat sich mit 9,6% im Jahr 2011 laut OECD im Vergleich zu 9,7% im Jahr 2010 nicht wesentlich verändert. Allerdings liegt man noch ein gutes Stück über dem Vorkrisenniveau mit 7,2% im Jahr 2007. Bei den jungen Menschen ist die Entwicklung dramatischer: Wurden laut Eurostat in 2008 noch 17,3% gemessen – damals ein echter Erfolg in Relation zu mehr als 40% im Jahr 2002 – so ist die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen 2011 wieder auf 25,8% gestiegen. Somit ist es nicht überraschend, dass sich bei der Sorge über die **Jugendarbeitslosigkeit** ebenfalls eine Zunahme um 5 Prozentpunkte zeigt, hierüber machen sich ganz explizit 9% der Polen Gedanken. Doch selbst wenn junge Leute eine Anstellung haben, ist diese oft befristet oder ein Job alleine reicht häufig nicht aus, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Die Sicherung des Lebensunterhaltes spielt offenbar auch in der Besorgnis über die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** eine wichtige Rolle, der zweitwichtigsten Herausforderung

für die Polen. Nach einem sprunghaften Anstieg auf 31% im letzten Jahr zeigt sich zwar mit 26% eine leichte Entspannung, die Beunruhigung bleibt aber weiterhin groß. Dabei thematisieren die Bürger einerseits den Wunsch nach Preisstabilität, was in Anbetracht einer Inflationsrate von 4,2% in 2011 verständlich ist, andererseits wird in diesem Zusammenhang die Forderung nach höheren Löhnen und einer gerechteren Einkommensverteilung laut. In Polen sind in den letzten Jahren die realen Einkommen nach Angaben der EU-Kommission zwar mit einem Plus von beispielsweise 1,8% in 2010 stärker gestiegen als bei den westlichen Nachbarn. Absolut aber liegen die Gehälter im EU-Vergleich immer noch deutlich darunter. Das führt offenbar zu größerer Unzufriedenheit, vor allem vor dem Hintergrund einer insgesamt guten konjunkturellen Entwicklung.

Die polnische Wirtschaft präsentiert sich aktuell sehr robust: Mit einem Plus von 4,3% wurde 2011 eine der höchsten Wachstumsraten in der EU gemessen und auch im laufenden Jahr wird von Eurostat immer noch ein Zuwachs von 2,5% prognostiziert. Dementsprechend wenig Sorge bereitet den Polen derzeit die **wirtschaftliche Stabilität** im Land: Mit 5% belegt dieses Thema aktuell nur Rang 9.



Polen – zentrale Ergebnisse (2)

24% der Polen zeigen sich besorgt über das **Gesundheitswesen**, das bedeutet, wie bereits 2011, Rang drei auf der Sorgenskala. Vermutlich liegt das daran, dass die angekündigten Reformen bzw. Verbesserungen in der gesundheitlichen Versorgung offenbar noch nicht konsequent umgesetzt wurden oder sogar kontraproduktiv wirken. Am 1. Januar 2012 trat in Polen ein neues Arzneimittelgesetz in Kraft, mit dem unter anderem der Erstattungsanteil vieler Arzneimittel durch den Nationalen Gesundheitsfonds deutlich gesenkt wurde. Neben höheren Kosten für Patienten birgt das Gesetz mit einem geänderten Honorarsystem sowie einem Werbe- und Rabattverbot auch negative Konsequenzen für Ärzte, Apotheker und Pharmaunternehmen. Aufgrund der heftigen Proteste wurden in der Zwischenzeit bereits einige Regelungen wieder zurückgenommen.

Zunehmend kritisch sehen die polnischen Bürger das Thema **Rente** und **Altersversorgung**. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Besorgnis noch einmal um 4 Prozentpunkte auf nun 19 Prozent angestiegen und befindet sich damit auf dem höchsten Stand seit 2001. Angesichts niedriger Geburtenraten bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung altert die Gesellschaft, dadurch erweist sich auch in Polen das Rentensystem als reformbedürftig. Es wurden bereits verschiedene Maßnahmen eingeleitet, etwa eine Anhebung

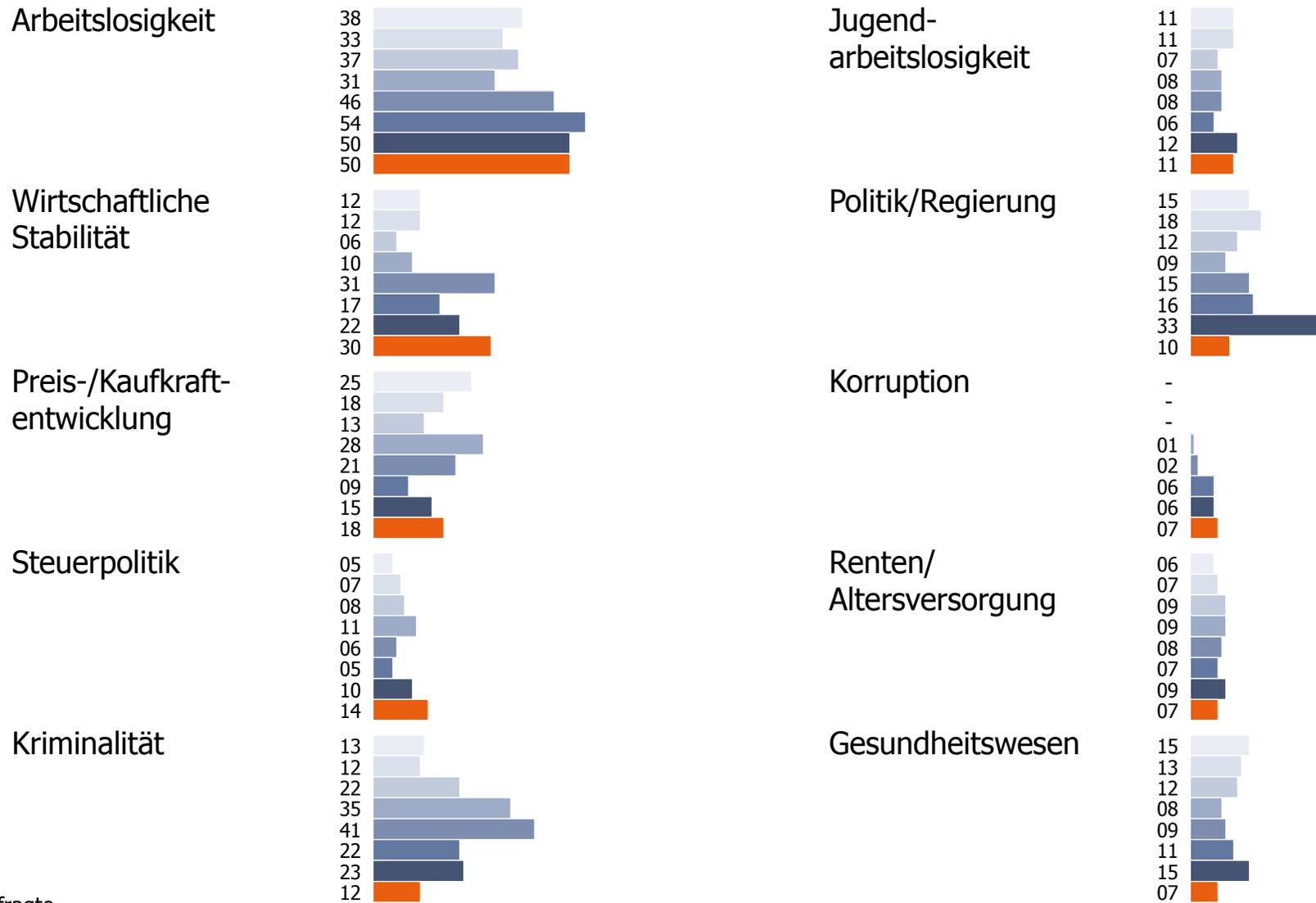
des Renteneintrittsalters, die schon länger diskutiert wurde und seit Ende März beschlossene Sache ist: Künftig werden die Polen erst mit 67 Jahren in Rente gehen können und nicht mehr wie bisher Frauen mit 60 und Männer mit 65 Jahren. So sollen die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Altersversorgung gesenkt werden, die laut OECD zuletzt bei 10,6% des BIP lagen (zum Vergleich alle OECD-Länder: 7,0%).

Auf dem fünften Platz der Sorgenliste befindet sich das Thema **Politik** und **Regierung**, das seit 2010 nahezu gleichbleibend 13% der Polen kritisch betrachten. Im Herbst 2011 fand in Polen die Parlamentswahl statt, bei der die liberal-konservative Bürgerplattform (PO) von Ministerpräsident Donald Tusk im Amt bestätigt wurde. Offenbar wünschen die Polen also eine Fortsetzung des auf Integration ausgerichteten europapolitischen Kurses des alten und neuen Ministerpräsidenten Tusk. Aber auch in einem Jahr ohne Wahlkampf beeinflussen offenbar Machtspiele auf der politischen Bühne das Stimmungsbild: Zu Beginn des Jahres wurde aufgrund des umstrittenen Arzneimittelgesetzes z.B. der Rücktritt des Gesundheitsministers gefordert und der Wirtschaftsminister stand wegen geäußerter Zweifel an der Rentenauszahlungsgarantie in der Kritik.



Die Herausforderungen in Italien 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2012: 1.002 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Italien – zentrale Ergebnisse (1)

Auf identisch hohem Niveau wie im letzten Jahr findet sich in Italien das Problem der **Arbeitslosigkeit**: Jeder zweite Italiener sieht Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation. Ebenfalls groß ist die Sorge um die **Jugend-arbeitslosigkeit**, die sich mit 11% fast unverändert präsentiert. Im Ranking hat sich dieses Thema allerdings von Platz 8 im letzten Jahr auf Platz 6 nach vorne geschoben. Auch die Arbeitslosenquote in Italien insgesamt ist über das Jahr 2011 kontinuierlich auf 8,4% angestiegen – eine steile Entwicklung, denn vor der globalen Wirtschaftskrise konnte sie 2007 auf 6,1% reduziert werden. Im Januar 2012 erreichte sie mit 9,2% dann einen neuen Höchststand. Noch dramatischer stellt sich die Situation für die 15- bis 24-Jährigen in Italien dar: So lag die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe 2007 bei nur noch 20,3%, stieg dann aber wieder bis auf 29,1% in 2011.

Die Arbeitsmarktsituation hängt stark von der **wirtschaftlichen Stabilität** ab und um diese ist es in Italien derzeit nicht zum Besten bestellt: Das Bruttoinlandsprodukt ist laut Eurostat im vierten Quartal 2011 zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen, per Definition befindet sich das Land damit in einer Rezession. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern ist aus dem Euro-Rettungsschirm EFSF keine Hilfe zu erwarten, da dieser nicht

ausreichend wäre für eine Volkswirtschaft von der Größe Italiens. Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation wird der private Konsum keine Unterstützung leisten können und 2012 eventuell noch sinken. Nach einem schwachen Wachstum des BIP um 0,4% in 2011 erwartet Eurostat für 2012 sogar wieder einen Rückgang um 1,3%. Aufgrund der hohen Staatsverschuldung von fast 120% des BIP bleibt aber kaum Spielraum für staatliche Maßnahmen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Kein Wunder also, dass die Sorge um die wirtschaftliche Stabilität mit einem Anstieg um 8 Prozentpunkte auf nun 30% wieder das Niveau des Krisenjahres 2009 erreicht. Dennoch versucht die italienische Regierung unter Ministerpräsident Monti im Rahmen der Möglichkeiten, den Haushalt zu konsolidieren und das Wirtschaftswachstum zu forcieren.

Ebenfalls eine Zunahme, und zwar von 15% auf 18%, erfährt die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Das ist im längerfristigen Vergleich eine große Beunruhigung. Tatsächlich sind die Preise in Italien, wie in allen Ländern, aufgrund der höheren Preise für Energie zuletzt deutlich nach oben geklettert. Während die Inflationsrate laut OECD in 2010 noch bei 1,5% lag, ist sie 2011 auf 2,8% gestiegen und hat im Februar 2012 noch einmal auf 3,3% zugelegt.



Italien – zentrale Ergebnisse (2)

Das Thema **Politik** und **Regierung** hat enorm an Brisanz verloren, was sich in einem Rückgang der Besorgnis um 23 Prozentpunkte auf 10% äußert. Nach Platz 2 im letzten Jahr bedeutet dies aktuell Rang 7 der Sorgenliste. Grund hierfür ist wohl der Regierungswechsel in Italien. Seit November 2011 ist Mario Monti nach dem Rücktritt seines Vorgängers Berlusconi als Ministerpräsident im Amt. Neben Berlusconi selbst standen auch andere Politiker wegen Bestechung und Steuerhinterziehung in der Kritik. Seinem Nachfolger Monti, der mit einem Kabinett besetzt mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Italien aus der Krise führen soll, wird nach nur wenigen Monaten im Amt offenbar ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen scheinen positiv wahrgenommen zu werden: Das erste Paket namens „Salva Italia“ beinhaltet unter anderem eine Rentenreform mit einer Anhebung des Rentenalters. Das zweite sogenannte Wachstumspaket („Cresci Italia“) zielt darauf ab, Aufwand und Verwaltungskosten im privatwirtschaftlichen Sektor zu verringern. Ebenfalls geplante Reformen zur Liberalisierung des Arbeitsmarkts lösten zwar Proteste aus, doch die Gewerkschaften zeigen sich prinzipiell Gesprächsbereit.

Die Sorge um die **Steuerpolitik** befindet sich in diesem Jahr auf Platz 4 der Agenda. Mit einem Anteil von 14% nach 10%

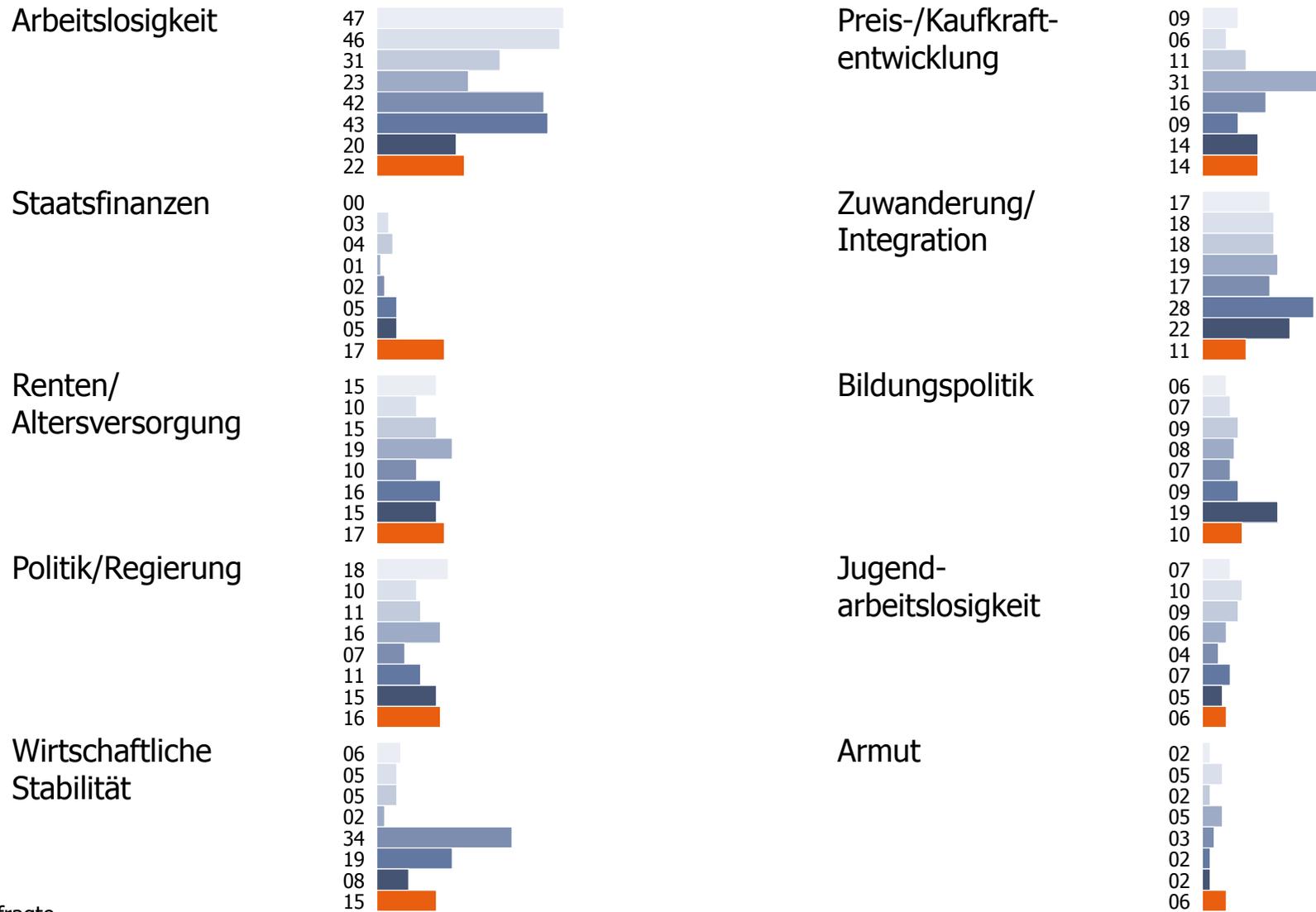
in 2011 zeigt sich wachsende Beunruhigung. Dass hier Handlungsbedarf besteht, wurde von der Regierung bereits erkannt: Die jüngst verabschiedeten Reformpakete betreffen auch die Steuerpolitik. So sollen einige Steuern wieder eingeführt werden, wie z.B. die von der Regierung Berlusconi abgeschaffte Immobiliensteuer. Auch ist eine Luxussteuer auf große Autos oder Yachten geplant. Zudem wird eine Anhebung der Mehrwertsteuer von derzeit 21% auf 23% im Laufe des Jahres 2011 diskutiert, falls dies zur Konsolidierung des Haushalts notwendig sein sollte. Beschlossen wurden auch gezielte Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung.

Neben erfolgreichen Aktionen gegen die Spitzen des organisierten Verbrechens trägt vermutlich auch das härtere Vorgehen gegen Steuerhinterziehungen zur sinkenden Besorgnis über die **Kriminalität** auf aktuell 12% bei (minus 11 Prozentpunkte). Mit Hilfe der Finanzpolizei hat Monti bereits zahlreiche spektakuläre Operationen initiiert, um die 120 bis 150 Milliarden Euro, die dem Staatshaushalt durch Steuerhinterziehungen jährlich fehlen, einzutreiben. Darüber hinaus könnte die wieder gewonnene Integrität der italienischen Regierung durch den Regierungswechsel das Thema Kriminalität in der Wahrnehmung der Bevölkerung nach hinten gedrängt haben.



Die Herausforderungen in Österreich 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Österreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2012: 1.000 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Österreich– zentrale Ergebnisse (1)

Erneuter Spitzenreiter der österreichischen Sorgenliste 2012 ist das Thema **Arbeitslosigkeit** mit 22%. Damit ist die Besorgnis im Vergleich zum Vorjahr leicht um zwei Prozentpunkte angestiegen. Dies steht vermutlich in Zusammenhang mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage Europas im Allgemeinen, wie auch mit der für 2012 prognostizierten Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt in Österreich. Laut österreichischer Nationalbank soll die Arbeitslosenquote im Jahr 2012 aufgrund der schwachen Konjunktur leicht auf 4,5% ansteigen. Damit würde der seit 2009 anhaltende Aufwärtstrend bei der Beschäftigung, als die Arbeitslosenquote von 4,8% (2009) über 4,4% (2010) auf 4,2% im Jahr 2011 gesunken war, unterbrochen werden.

Sehr stark ist die Besorgnis über die **Staatsfinanzen** gestiegen. Befand sich dieses Thema im Vorjahr mit 5% noch nicht unter den Top 10 der dringend zu lösenden Aufgaben des Landes, so erfährt es in diesem Jahr einen rasanten Bedeutungszuwachs von 12% auf 17% und landet damit auf Platz zwei der wichtigsten Herausforderungen für 2012. Die öffentliche Wahrnehmung dieses Themas wurde wahrscheinlich durch die Herabstufung der Bonität Österreichs geprägt. Die Ratingagentur Standard & Poor's hatte Mitte Januar dieses Jahres Österreich die Triple-A-Bewertung – für Experten nicht unerwartet – aberkannt. Infolge dieser Entwicklung

wurde die große Koalition aus SPÖ und ÖVP nach wochenlangen Diskussionen um ein notwendiges Sparpaket zum schnellen Handeln gezwungen. Sie einigten sich Anfang Februar – und damit zeitgleich mit dem Beginn der Erhebung der Studienergebnisse – auf ein umfassendes Konsolidierungspaket. Mit diesen Maßnahmen, wie der Erhöhung und Neueinführung von Steuern (z.B. Finanztransaktionssteuer), Nulllohnstunden im Öffentlichen Dienst sowie Solidarabgaben für Spitzenverdiener, soll bis zum Jahr 2016 die Neuverschuldung auf Null zurückgefahren werden.

Eng mit dem Thema der Staatsfinanzen ist die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** verknüpft. Vermutlich sehen die Bürger durch die Herabstufung der Bonität auch die ökonomische Situation beeinträchtigt. Denn die Besorgnis wächst um 7 Prozentpunkte auf aktuell 15% und hat sich damit in die Top 5-Themen geschoben. Ein weiterer Grund für den Bedeutungszuwachs dürfte in der aktuellen konjunkturellen Entwicklung liegen. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem Österreichs Wirtschaft – dank der guten Entwicklung in den ersten beiden Quartalen – im europäischen Vergleich mit plus 3,1% sehr stark wuchs, fällt die Prognose für 2012 mit einem Wachstum um 0,7% des BIP deutlich schwächer aus.



Österreich – zentrale Ergebnisse (2)

Zwei Plätze auf der österreichischen Sorgenliste vorgerückt ist das Thema der **Renten** und der **Altersversorgung**. 17% der Österreicher, etwas mehr als im Vorjahr, sehen hier Handlungsbedarf. Immer wieder wird über das Rentensystem in Österreich diskutiert und Neuerungen werden beschlossen. Das neue Konsolidierungspaket, das sich Anfang des Jahres abzeichnete, sieht deutliche Einschnitte bei den Ruhestandsbezügen vor. Unter anderem soll es schwieriger werden, in Frührente zu gehen und auch die Renten sollen langsamer als bisher steigen. Es bleibt abzuwarten, ob sich nach Umsetzung dieser Maßnahmen wieder mehr Widerstand regt.

Fast gleichbleibend mit 16% (+1 Prozentpunkt) befindet sich die Besorgnis über die österreichische **Politik** und **Regierung** nach wie vor auf dem vierten Platz. Seit den Nationalratswahlen in 2008 hat die Kritik an der Politik und der Regierung stetig zugenommen, aktuell hat sich der Anstieg jedoch abgeschwächt. Ein Grund hierfür könnte sein, dass 2012 keine wichtigen Wahlen anstehen, so dass Parteistreitigkeiten um das Konsolidierungspaket oder der Korruptionsverdacht gegen mehrere österreichische Politiker nicht mehr so sehr im Mittelpunkt stehen.

Auf dem sechsten Platz steht die **Preis-** und **Kaufkraft-**

entwicklung, die bei 14% der Österreicher Unmut auslöst. Somit befindet sich das Ausmaß der Besorgnis über dieses Thema auf demselben Niveau wie im Vorjahr. Offensichtlich kann weder die seit November 2011 sinkende Inflationsrate noch eine positive Prognose der Österreichischen Nationalbank bis ins Jahr 2013 die Verbraucher beruhigen. 2011 war für Österreich – wie für viele andere europäische Länder – ein Jahr mit vergleichsweise hoher Teuerungsrate (3,3%). 2010 lag diese noch bei 1,8%. Angesichts steigender Energiepreise haben die Bürger offenbar den Eindruck, dass sich der Preisauftrieb fortsetzen wird.

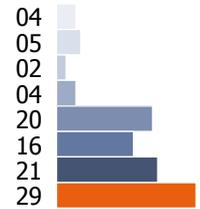
Interessant ist die Entwicklung des Top-Themas der beiden Vorjahre 2010 und 2011, die Besorgnis um **Zuwanderung** und **Integration**: Diese halbierte sich von 22% in 2011 auf aktuell 11% und ist damit vom ersten auf den siebten Platz der österreichischen Sorgenliste abgerutscht, obwohl laut aktueller Statistik die Zuwanderung wieder ansteigt. Ob der Sorgenrückgang in Zusammenhang damit steht, dass 2011 und 2012 keine bedeutenden Wahlen stattfinden und das sonst sehr beliebte Wahlkampfthema dadurch keine öffentliche Plattform gefunden hat, wird sich noch zeigen müssen. Möglicherweise konnte auch die Neugründung des Staatssekretariats für Integration die Gemüter der Bürger hinsichtlich dieser Problematik etwas beruhigen.



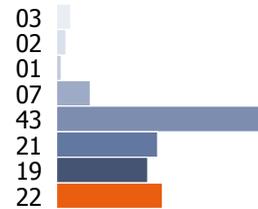
Die Herausforderungen in Großbritannien 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

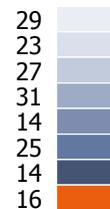
Arbeitslosigkeit



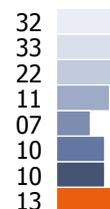
Wirtschaftliche Stabilität



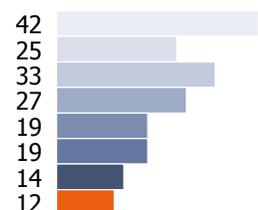
Zuwanderung/ Integration



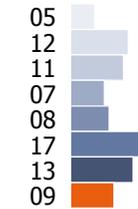
Gesundheitswesen



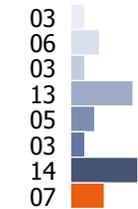
Kriminalität



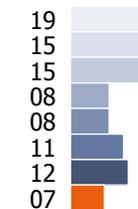
Politik/Regierung



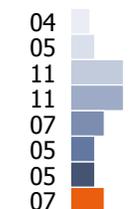
Preis-/Kaufkraftentwicklung



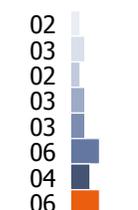
Bildungspolitik



Wohnungsproblem/ Mieten



Soziale Sicherung



Basis 2012: 1.048 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Großbritannien – zentrale Ergebnisse (1)

Die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** übertrifft mit 29% wie bereits im letzten Jahr alle anderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen in Großbritannien. Dies entspricht einer Zunahme von 8 Prozentpunkten im Vergleich zu 2011. Angesichts der Tatsache, dass dieses Thema bis zum Jahr 2009 noch kaum eine Rolle gespielt hat, ist dies ein enormer Anstieg. Die Wahrnehmung der Bevölkerung korrespondiert hierbei mit der tatsächlichen Entwicklung: Die Arbeitslosenquote ist laut OECD von 7,8% in 2010 auf 8,1% über das gesamte Jahr 2011 bzw. sogar auf 8,3% im letzten Quartal 2011 gestiegen – den höchsten Stand seit 1995. Vor allem der Verlust an Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst trägt zur Erhöhung der Arbeitslosenquote bei. Offenbar hat sich das von Finanzminister Osborne vorgelegte Sparprogramm für den öffentlichen Sektor bereits ausgewirkt. Die private Wirtschaft konnte zwar zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, allerdings handelt es sich dabei überwiegend um Teilzeitarbeitsplätze.

Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktentwicklung ist es nicht erstaunlich, dass sich die **wirtschaftliche Stabilität** mit 22% auf Platz 2 der Top Themen im Vereinigten Königreich befindet. Damit hat die Sorge um die wirtschaftliche Lage des Landes erneut um 3 Prozentpunkte zugenommen, liegt aber noch deutlich unter dem Höchstwert von 43% im Krisenjahr 2009.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ist dieses Ergebnis nachvollziehbar: Nachdem sich die britische Wirtschaft seit 2009 wieder langsam erholt hatte, wurde 2011 ein Wirtschaftswachstum von nur noch 0,8% erzielt und gerade im letzten Quartal ist das BIP im Vergleich zur Vorperiode sogar um 0,2% gesunken. Aufgrund der starken Abhängigkeit vom Finanzsektor hinkt Großbritannien nach wie vor der wirtschaftlichen Erholung in Europa hinterher, da in der EU insgesamt das BIP in 2011 um 1,5% gestiegen ist.

Entgegen der Entwicklung bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskraft Großbritanniens, wird die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** weitaus weniger kritisch gesehen als noch im letzten Jahr: Nur noch 7% der Briten sehen hier dringenden Handlungsbedarf, vor einem Jahr waren dies immerhin noch 14%. Dies kann unter anderem durch den kontinuierlichen Rückgang der Inflationsrate auf nur noch 3,4% im Februar 2012 erklärt werden. Darüber hinaus hat die britische Regierung seit dem Frühjahr 2011 auf die sich verschlechternde Wirtschaftslage und die hohen Energiepreise steuerpolitisch reagiert, indem sie die angekündigte Erhöhung der Steuern auf Heizöl und Gas für die Dauer der laufenden Legislaturperiode ausgesetzt hat.



Großbritannien – zentrale Ergebnisse (2)

Wie im letzten Jahr, so betrachten die Bürger die **Zuwanderung** und die **Integration** als die dritt wichtigste zu lösende Aufgabe in Großbritannien. Nachdem die Relevanz des Themas im letzten Jahr von 25% auf 14% gesunken war, bleibt sie mit einem leichten Zuwachs von 2 Prozentpunkten nun relativ stabil. Offensichtlich hinterlässt die restriktive Einwanderungspolitik der Regierung Cameron bei der Bevölkerung den Eindruck, dass sich dieses Themas intensiv angenommen wird und daher große Beunruhigung unangebracht ist. Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten, der Nachzug von Familienangehörigen und die Vergabe von Studentenvisa wurden stark reglementiert und eingeschränkt. Diese zahlreichen politischen Maßnahmen könnten auch erklären, warum die Besorgnis der Bürger trotz eines Rekordniveaus bei der Nettozuwanderung von ca. 250.000 Personen im letzten Jahr laut der Statistikbehörde (ONS) eher moderat ausfällt.

Im Zuge der von der Regierung Cameron im Januar 2011 vorgestellten Gesundheitsreform scheint das Thema **Gesundheit** für die britische Bevölkerung wieder mehr in den Mittelpunkt gerückt zu sein: 13% der Briten sehen hier dringenden Handlungsbedarf – 2011 waren es noch 10% – und 7% nennen explizit

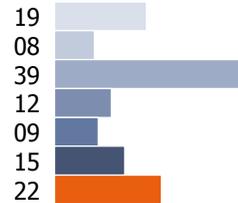
das staatliche Gesundheitssystem NHS. Dies ist nicht verwunderlich, da das Reformkonzept der Regierung Cameron die größte Umstrukturierung des NHS seit dessen Gründung im Jahre 1948 vorsieht: Die lokalen und regionalen Gesundheitsbehörden sollen dabei aufgelöst und deren Aufgaben von Konsortien der Allgemeinärzte (General Practitioners) übernommen werden. Die Bevölkerung hat die Befürchtung, dass durch diese Privatisierungsmaßnahmen monetäre Ziele über das Wohl der Patienten gestellt werden könnten und die kostenlose gesundheitliche Versorgung gefährdet sein könnte. Trotz dieser umfassenden Neustrukturierung und der intensiven öffentlichen Debatte darüber hat das Gesundheitssystem im längerfristigen Rückblick bei weitem nicht mehr die Bedeutung wie noch Mitte des letzten Jahrzehnts und wird im Moment von den Themen Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stabilität überlagert. Da der öffentliche Diskurs zur Umstrukturierung des Gesundheitssystems im Moment noch anhält und weitere Gesetze zu erwarten sind, bleibt die zukünftige Entwicklung abzuwarten.



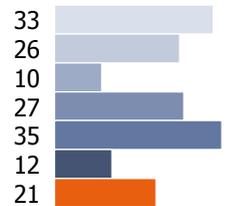
Die Herausforderungen in Belgien 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Belgien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

Preis-/Kaufkraftentwicklung



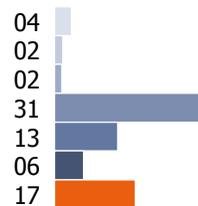
Arbeitslosigkeit



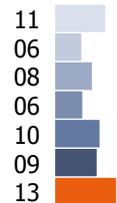
Politik/Regierung



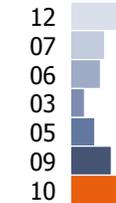
Wirtschaftliche Stabilität



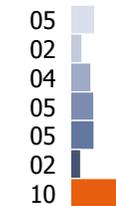
Renten/ Altersversorgung



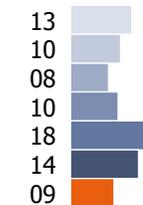
Steuerpolitik



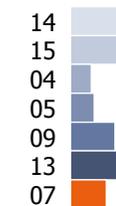
Armut



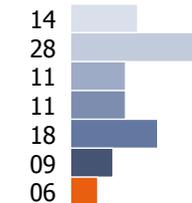
Zuwanderung/ Integration



Verkehrspolitik



Kriminalität



Basis 2012: 1.000 Befragte

2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Belgien – zentrale Ergebnisse (1)

Die diesjährigen Studienergebnisse in Belgien müssen vor dem Hintergrund der politischen Ausnahmesituation der letzten beiden Jahren gesehen werden: Aufgrund des andauernden Sprachenstreits zwischen Flamen und Wallonen war das Land eineinhalb Jahre regierungslos. Diese politische Unsicherheit hat sich im letzten Jahr massiv auf die Ergebnisse ausgewirkt: Ein extrem hoher Anteil von 57% der Befragten äußerte Unmut über die Politik, zum größten Teil forderten sie explizit eine Regierung, die funktionsfähig ist. Damit eskalierte die Besorgnis über die **Politik** und die **Regierung** zum dringlichsten Problem des Landes. Dies hatte zur Folge, dass im letzten Jahr alle anderen Themen von diesem außergewöhnlichen Ergebnis in den Hintergrund gedrängt wurden. Nachdem im Dezember 2011 endlich wieder eine Regierung gebildet werden konnte, sehen aktuell nur noch 18% die politische Lage als besorgniserregend an. Trotz dieses Rückgangs liegt die Sorge um die Politik und die Regierung in Belgien aber immer noch über dem europäischen Durchschnitt. Die Belgier scheinen nach allen Turbulenzen der letzten Jahre um neu gebildete und nach kürzester Zeit wieder aufgelöste Regierungen auch gegenüber der aktuellen Sechs-Parteien-Koalition misstrauisch zu bleiben.

Aufgrund der geringeren Brisanz des Themas Politik und Regierung in diesem Jahr ist es nicht erstaunlich, dass andere Themen wieder an Wichtigkeit gewonnen haben. Eines davon ist die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**, die von 22% der Belgier als problematisch angesehen wird. Damit befindet sich das Thema mit einem Anstieg von 7 Prozentpunkten zum Vorjahr nun auf Platz eins der Sorgenliste, zum ersten Mal wieder seit dem Jahr 2008. Die zunehmende Beunruhigung korrespondiert mit der letztjährigen Inflationsrate von 3,5%. Erst jüngst ist die Inflationsrate im Februar 2012 sogar auf 3,7% gestiegen. Auch das kürzlich von der Regierung beschlossene Sparpaket könnte ein Grund für die gestiegene Sorge um die Kaufkraft sein: Darin wurden u.a. zusätzliche Steuern auf höhere Einkommen, Kürzungen beim Arbeitslosengeld, die Einführung einer Straßenmaut sowie die Erhöhung der Steuer auf Tabak, Pay-TV und einige Dienstleistungen beschlossen. Darüber hinaus werden sich die Erhöhung der Tarife für Telekommunikationsdienstleistungen und die weiterhin auf hohem Niveau liegenden Energiepreise im Jahr 2012 nach Schätzungen der EU-Kommission negativ auf die Inflationsrate auswirken.



Belgien – zentrale Ergebnisse (2)

Nach Lösung der Regierungskrise ist auch das Thema **Arbeitslosigkeit** wieder verstärkt in den Fokus der Belgier gerückt: Nachdem das Thema im letzten Jahr vom einstigen Höchststand von 35% in 2010 auf nur noch 12% abgerutscht war, hat sich die Sorge um die Arbeitslosigkeit wieder auf 21% erhöht. Zwar ist die Arbeitslosenquote von 8,3% in 2010 auf 7,2% in 2011 leicht gesunken, die Konjunkturaussichten für 2012 sind aber eher pessimistisch. Offenbar befürchten die belgischen Bürger, dass die massiven Einsparungen im öffentlichen Haushalt – u.a. wurde das Arbeitslosengeld gekürzt – das Wirtschaftswachstum bremsen und sich somit die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder verschlechtern könnte. In diesem Zusammenhang muss vermutlich auch die zunehmende Sorge über die **Armut** gesehen werden, die mit 10% den höchsten Stand der letzten 7 Jahre erreicht hat.

Die Besorgnis über die **wirtschaftliche Stabilität** in diesem Jahr ist ebenfalls spürbar um 11 Prozentpunkte auf 17% gestiegen, nachdem der Wert in den letzten drei Jahren schrittweise von 31% auf 6% zurückgegangen war. Korrespondierend dazu sank laut Eurostat das Wirtschaftswachstum im Vorjahresvergleich von 2,9% im ersten auf nur noch 0,9% im vierten Quartal 2011. Laut Prognose der EU-Kommission wird erwartet, dass die belgische Wirtschaft im Jahr 2012 sogar um 0,1%

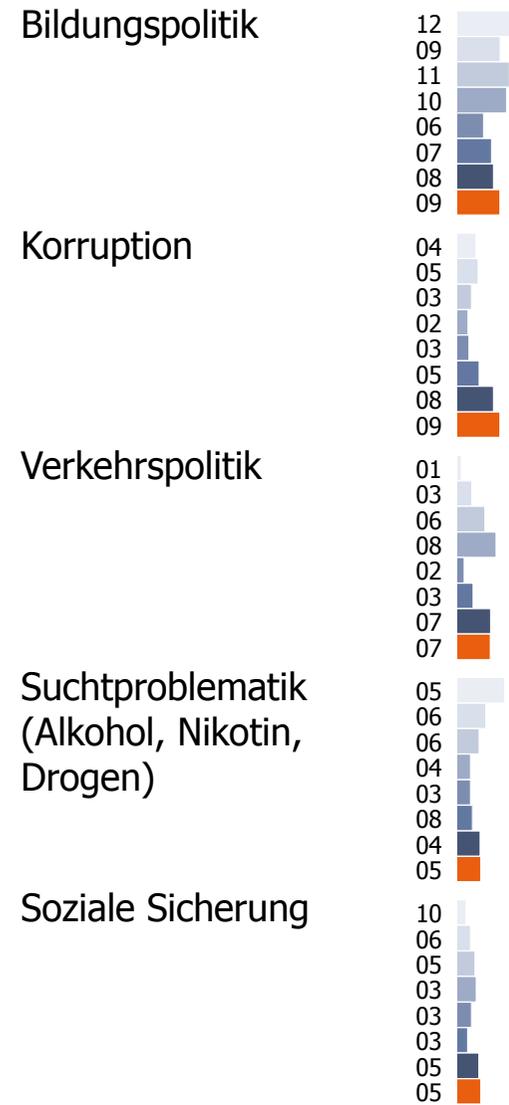
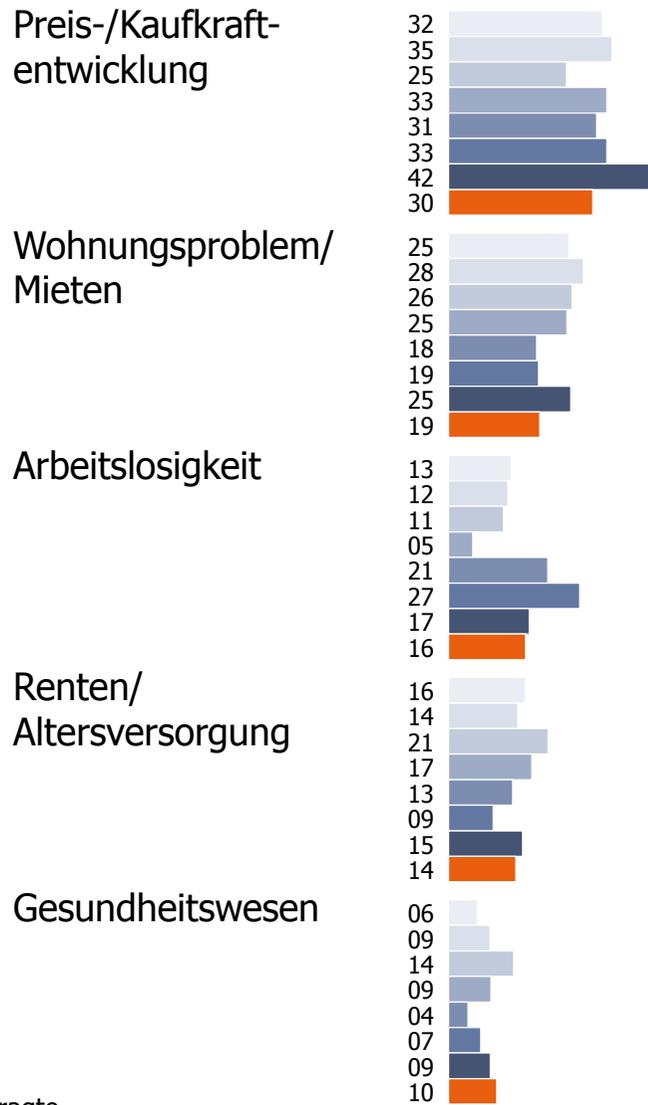
schrumpfen wird. Die schlechten Aussichten werden damit begründet, dass die durch das Sparpaket bedingten Kürzungen das ohnehin geringe Wirtschaftswachstum noch weiter bremsen könnten. Auch die Herabstufung der Kreditwürdigkeit Belgiens durch die Ratingagentur Standard & Poor's von bisher „AA+“ auf „AA“ könnte den Pessimismus gefördert haben. Eine weitere Ursache für die schlechtere Bewertung der wirtschaftlichen Stabilität könnte die Verstaatlichung der Großbank Dexia im Oktober 2011 sein. Die angeschlagene Bank wurde vom belgischen Staat übernommen.

Als weiteres Problemfeld sehen die Belgier das Thema **Renten** und **Altersversorgung**. Nach einem minimalen Rückgang im Vorjahr auf 9% stieg der Wert in 2012 wieder auf 13%. Damit erreicht die Besorgnis um die Altersversorgung den höchsten Wert seit Beginn der Erhebungen in Belgien in 2006. Hintergrund für den vergleichsweise hohen Anstieg könnte die im Zuge des Sparpakets im Herbst erstmals geführte Diskussion um die Erhöhung des Renteneintrittsalters sein, die im Dezember 2011 auch beschlossen wurde. Die neue Regierung hat das Vorruhestandsalter von 60 auf 62 Jahre angehoben und die vollen Rentenbezüge werden erst nach 40 anstatt nach bisher 35 Arbeitsjahren ausgezahlt. Der Unmut der Belgier darüber äußerte sich bereits Ende Januar in Demonstrationen.



Die Herausforderungen in Russland 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:
Familienpolitik: 5%
(2011: 5%)

Basis 2012: 2.201 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Russland – zentrale Ergebnisse (1)

An der Spitze der russischen Sorgenliste steht, wie auch in den Jahren zuvor, das Thema **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. 30% der Russen sehen diese als größte Herausforderung. Dabei entspannte sich die Besorgnis im Vorjahresvergleich wieder merklich, sie hat um 12 Prozentpunkte nachgelassen. Dies könnte in Verbindung mit dem deutlichen Rückgang der Inflationsrate im Laufe des vergangenen Jahres von 9,5% im ersten auf 6,7% im letzten Quartal stehen. Im Januar 2012 ist die Inflationsrate sogar noch einmal auf 4,1% gesunken. Allerdings beurteilen Experten diese positive Entwicklung zum Teil auch als Basiseffekt, da die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte 2010, als eine Dürreperiode die Nahrungsmittelpreise in die Höhe schießen ließ, eine hohe Ausgangsbasis für die Bezugsgröße geschaffen hatte. Die Prognosen gehen daher davon aus, dass sich die Preissteigerung bis zur Jahresmitte 2012 zunächst auf relativ niedrigem Niveau halten, dann aber wieder zunehmen wird.

Eine weitere große Sorge besteht in Russland um die **Wohnungssituation** und die **Mieten**. 19% der Bevölkerung zeigen sich beunruhigt, im Vorjahr war es noch jeder vierte Befragte (25%). Die im Vergleich zu anderen Ländern hohe Bedeutung dieser Thematik könnte auf zwei besondere Umstände zurückzuführen sein: Zum einen gibt es in Russland generell zu

wenig Wohnraum, insbesondere im Großraum Moskau; zum anderen waren Hypothekenkredite lange für viele Bürger unerschwinglich und die Kaufpreise für Immobilien übersteuert. Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Situation aber insofern gebessert, als die Konditionen mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 12% für Rubel-Hypothekenkredite so günstig waren wie nie zuvor. Die Regierung strebt an, die Zinssätze weiter zu senken, so dass sich bis 2020 jede zweite russische Familie einen Hypothekenkredit zur Finanzierung von Wohneigentum leisten können soll. Möglicherweise zeigen sich die Russen deshalb weniger besorgt hinsichtlich des Wohnungsproblems als noch 2011.

16% der Befragten sehen die **Arbeitslosigkeit** als dringend zu lösende Aufgabe an. Damit liegt das Thema mit minus einem Prozentpunkt nahezu unverändert auf dem dritten Rang der Sorgenliste. Tatsächlich ist die Arbeitslosenquote rückläufig und von 7,5% in 2010 auf 6,6% in 2011 gesunken. Der Rückgang der Arbeitslosenquote dürfte hauptsächlich daran liegen, dass die Unternehmen in der derzeit schwierigen Wirtschaftslage stärker auf Gehaltskürzungen und die Ausweitung der Kurzarbeit setzen, als Entlassungen vorzunehmen. Auch 2012 kann damit vermutlich ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden.



Russland – zentrale Ergebnisse (2)

Ebenfalls auf ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahr befindet sich mit 14% die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung** (-1 Prozentpunkt). Seit Beginn der Erhebung in Russland 2005 hat sich dieses Thema unter den Top 5 etabliert. Dass die Durchschnittsrente 2011 ein reales Plus von 1,0% gegenüber dem Vorjahr verzeichnen konnte, hat die Bürger offensichtlich nicht in vollem Maße zufriedenstellen können. Eine mögliche Ursache könnte die mehrfach ausgesprochene und diskutierte OECD-Empfehlung zur Anhebung des Renteneintrittsalters sein, die für Unmut in der Bevölkerung sorgt. Selbst wenn sich Putin im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im März 2012 gegen eine solche Erhöhung ausgesprochen hat, wird diese in den nächsten Jahren auch im Hinblick auf die steigende Lebenserwartung unvermeidbar sein, um zumindest eine das Existenzminimum sichernde Rentenhöhe gewährleisten zu können.

Wachsende Kritik erfuhr in den letzten Jahren das **Gesundheitswesen**. Während 2009 nur 4% der Befragten dieses Thema anführten, sehen nun 10% Handlungsbedarf beim Gesundheitssystem. Insbesondere das System der „faktischen Zuzahlung“ könnte die Gemüter erregt haben: Da die Einkommen der Ärzte und des Pflegepersonals immer noch vergleichsweise niedrig sind, müssen Patienten informell Zuzahlungen leisten, obwohl die ärztliche Behandlung prinzipiell kostenfrei ist. Darüber hinaus kommt

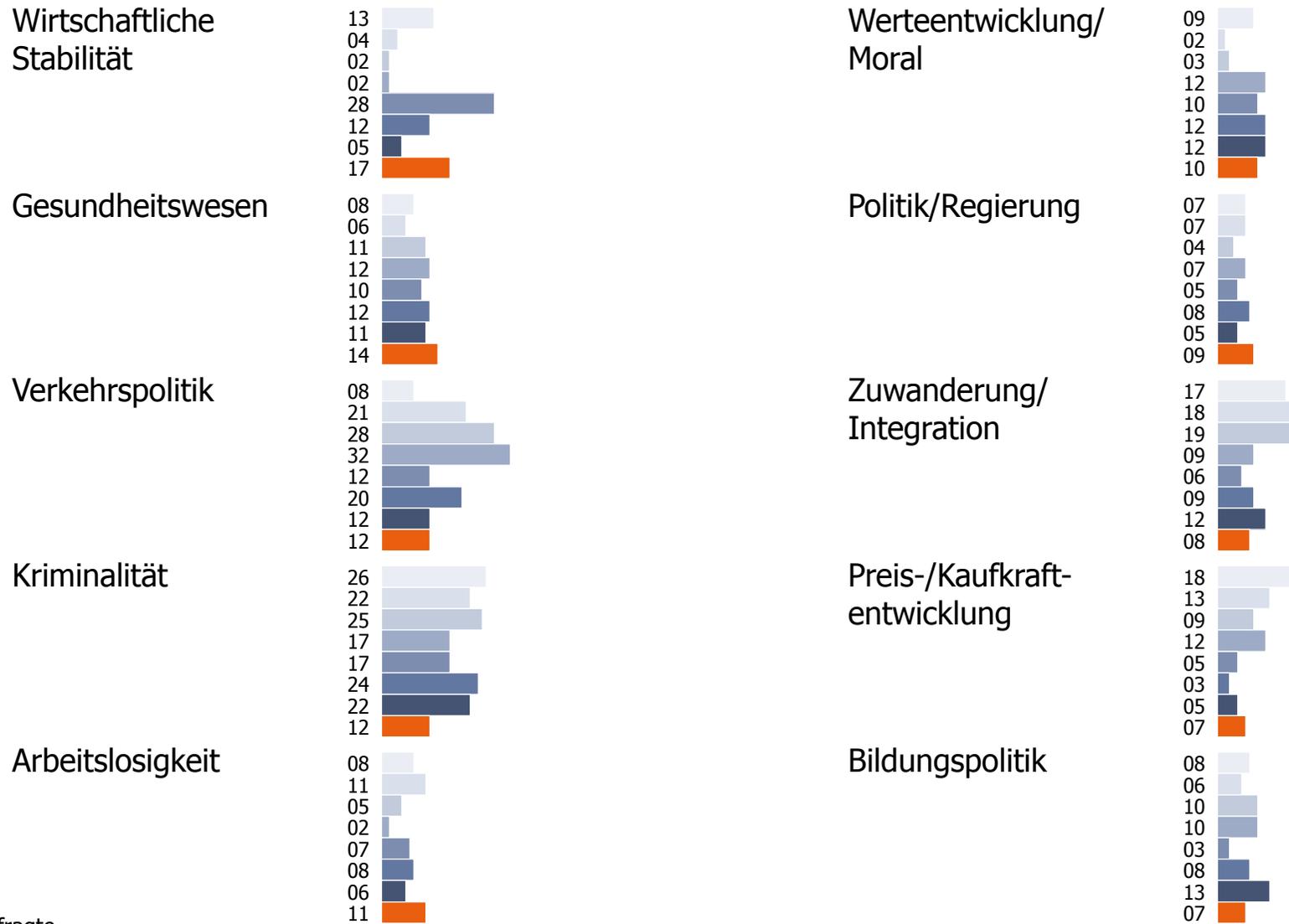
es immer wieder zu Versorgungsengpässen. Infolge dieser Missstände wurde Ende 2011 das „Gesetz über den Schutz der Gesundheit in Russland“ verabschiedet, das der Bevölkerung kostenlose medizinische Hilfe garantiert und landesweite Standards der medizinischen Versorgung festlegt. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich diese grundlegende Reform auf zukünftige Umfrageergebnisse auswirken wird.

Die Wahrnehmung der **Korruption** als Problem ist seit 2008 anhaltend gestiegen und befindet sich nun mit 9% auf dem höchsten Stand seit 2005. Zwar hat sich die Lage in Russland, gemessen am Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International, leicht gebessert, aber das Land rangierte 2011 immer noch nur auf Platz 143. Damit befindet sich Russland deutlich unter dem Niveau der westlichen Industrienationen und eher im Umfeld von Ländern wie Uganda und Nigeria. Dass Korruption ein zentrales Thema in Russland ist, zeigt auch der „Nationale Plan zur Korruptionsbekämpfung“, der Anfang des Jahres in einer Gesetzesvorlage neu überarbeitet wurde. Experten kritisieren jedoch, dass die Neufassung nicht weit genug gehe, da sie Artikel 20 der UN-Konvention gegen Korruption ausschließt und so die „unerlaubte Bereicherung“ kein Bestandteil des russischen Strafrechts wird.



Die Herausforderungen in den Niederlanden 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2012: 1.000 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Niederlande – zentrale Ergebnisse (1)

Nachdem die Besorgnis über die **wirtschaftliche Stabilität** in den Niederlanden seit dem „Krisenjahr“ 2009 massiv zurückgegangen war, hat sie sich seit letztem Jahr wieder mehr als verdreifacht. Aktuell machen sich 17% Gedanken über die Konjunktur, das bedeutet dieses Jahr Platz eins der Agenda. In der Tat entwickelt sich die niederländische Wirtschaft derzeit verhalten bis negativ: Im zweiten Halbjahr 2011 ist das BIP gemäß Eurostat in beiden Quartalen gesunken, ein Anzeichen für eine Rezession. Für 2011 insgesamt ergibt sich ein Wachstum von 1,2%. Die Gründe für diese schlechte konjunkturelle Entwicklung liegen sowohl in der Abschwächung der Exporte als auch in einer nachlassenden Binnennachfrage. So verschlechterte sich laut EU-Kommission auch das Verbrauchervertrauen immens und war im Januar 2012 auf dem niedrigsten Stand seit 2003. Insgesamt leben die protestantisch geprägten Niederländer derzeit wohl nach dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ und legen vorsorglich Geld zurück. Denn von den Konsolidierungsmaßnahmen der Regierung, unter anderem den für 2013 angekündigten Rentenkürzungen, sind die privaten Haushalte besonders betroffen.

Im Moment liegt die öffentliche Neuverschuldung bei 4,5% des BIPs, und damit über den in den Maastricht-Kriterien festgelegten 3%. Um diese wieder zu erreichen, wurde erst vor

kurzem ein Sparpaket in Höhe von 18 Milliarden Euro verabschiedet. Dies birgt weiteren Konfliktstoff, denn angesichts der Probleme im eigenen Land lehnt es laut Medienberichten die Mehrheit der Bürger ab, anderen Mitgliedern der Euro-Zone weitere Kredite zu gewähren. Zumal der Ausblick für das laufende Jahr ebenfalls wenig vielversprechend ist, da das BIP laut Eurostat um 0,9% sinken soll. Diese eher schlechte Stimmung spiegelt sich auch im GfK Euro-Klima wider, wo sich die Niederländer bei der Konjunktur- sowie Einkommenserwartung im nordeuropäischen Vergleich derzeit mit Abstand am pessimistischsten äußern.

Mit der negativen Einschätzung der Wirtschaftskraft geht auch eine wachsende Besorgnis über die **Arbeitslosigkeit** einher. Während im letzten Jahr nur 6% der Niederländer die Schaffung von Arbeitsplätzen forderten, sind es nun 11%. Das ist im Vergleich der letzten Jahre ein recht hohes Niveau. Laut OECD lag die Arbeitslosenquote 2011 zwar fast gleichbleibend zum Vorjahr bei 4,4%, hat aber ab Mitte des Jahres zugenommen und im Februar 2012 4,9% erreicht. Damit weisen die Niederlande zwar nach wie vor eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Europa auf, aufgrund der rezessiven Tendenzen scheinen die Bürger jedoch eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu befürchten.



Niederlande – zentrale Ergebnisse (2)

Das **Gesundheitswesen** belegt nach 11% im letzten Jahr nun mit 14% Platz 2 der Sorgenliste. Seit der Gesundheitsreform in 2006 bleibt dieses Thema im zweistelligen Bereich. Grund hierfür könnte sein, dass die Selbstbeteiligungsbeiträge der Versicherten im Rahmen des Sparpakets zuletzt deutlich erhöht wurden. In Anbetracht der wirtschaftlichen Situation und der gestiegenen Arbeitslosigkeit ist zu vermuten, dass es für bestimmte Personengruppen schwieriger werden dürfte, mit diesen zusätzlichen finanziellen Belastungen zurechtzukommen.

Das Thema **Verkehrspolitik** rutschte im Ranking zwar nach oben auf Platz 3, der Anteil der Besorgten mit 12% ist aber konstant geblieben. Der Unmut über die Verkehrssituation war schon deutlich größer, doch das Thema ist ein Dauerbrenner in den dicht besiedelten und von Verkehrsstaus geplagten Niederlanden. Ziel sollte also sein, die Verkehrsdichte zu reduzieren. Ob der Beschluss, ab September 2012 auf etwa 1.200 Streckenkilometern die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von bisher 120 auf 130 km/h zu erhöhen die Situation verbessern wird, bleibt umstritten.

Der Punkt **Politik/Regierung** war im letzten Jahr nicht unter den niederländischen Top Ten zu finden, belegt in diesem Jahr aber Rang 7. Mit 9% wird wieder annähernd die Besorgnis

des Wahljahres 2010 erreicht. Seitdem ist eine Minderheitsregierung aus der rechtsliberalen VVD und der christdemokratischen CDA an der Macht, mit Tolerierung durch die rechtspopulistische PVV. In diesem Zusammenhang ist der Gesetzentwurf für das lang diskutierte sogenannte Burka-Verbot zu sehen, das von der PVV als politischer Erfolg gewertet wird. Das Gesetz verbietet das Tragen jeglicher gesichtsverhüllender Kleidung; Verstöße sollen mit einer Geldstrafe von über 300 Euro geahndet werden. Kritiker, wie auch der niederländische Staatsrat, sehen darin eine Einschränkung der Freiheit der Religionsausübung. Die PVV hat Ende April 2012 schließlich der Minderheitsregierung unter Premier Rutte die Unterstützung entzogen, weil sie Milliardenkürzungen im Zuge des EU-Stabilitätspakts nicht mittragen wollte. Für September 2012 sind nun Neuwahlen angesetzt.

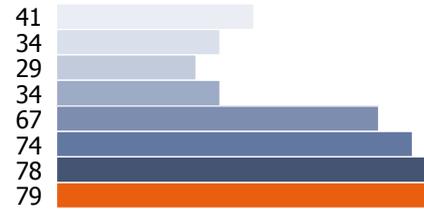
Spürbare Entspannung zeigt sich in diesem Jahr bei der Sorge über die **Kriminalität**. Zwar belegt dieses Thema immer noch Rang 4, doch mit nur noch 12% nach über 20% in den Vorjahren hat sich die Besorgnis merklich verringert. Möglicherweise waren die Bürger durch die Fokussierung auf dieses Thema im Wahlkampf 2010 im vergangenen Jahr noch stärker sensibilisiert. Ob die geplante Schaffung von 3.000 neuen Stellen für Polizisten zu mehr gefühlter Sicherheit führen wird bleibt abzuwarten.



Die Herausforderungen in Spanien 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

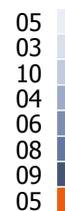
Arbeitslosigkeit



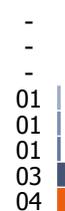
Wirtschaftliche Stabilität



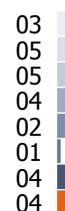
Politik/Regierung



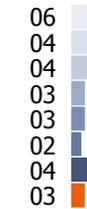
Korruption



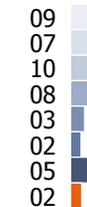
Gesundheitswesen



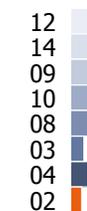
Bildungspolitik



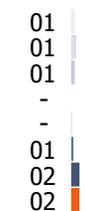
Preis-/Kaufkraftentwicklung



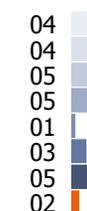
Kriminalität



Jugend-arbeitslosigkeit



Renten/ Altersversorgung



Nachrichtlich:
 Zuwanderung/Integration: 2%
 (2011: 3%)
 Soziale Sicherung: 2%
 (2011: 2%)
 Wohnungsproblem/Mieten: 2%
 (2011: 5%)

Basis 2012: 1.007 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012



Spanien – zentrale Ergebnisse (1)

Die seit 2008 wachsende Besorgnis um die **Arbeitslosigkeit** setzt sich in Spanien auch in diesem Jahr fort und liegt nun bei 79% (+1 Prozentpunkt). Die große Sorge scheint berechtigt zu sein, da es dem Krisenland nicht gelingt, die seit 2007 kontinuierlich wachsende Arbeitslosigkeit zu senken. Lag die Arbeitslosenquote 2007 noch unter der 10%-Marke bei 8,3%, so kletterte diese bedingt durch die Finanzkrise über 18% in 2009 auf 21,6% im Jahr 2011. Im Januar 2012 waren sogar 23,3% der erwerbsfähigen Bevölkerung ohne Arbeitsplatz. Dies ist innerhalb der Europäischen Union gegenwärtig der höchste Wert. Sowohl die spanische Zentralbank als auch der Internationale Währungsfonds gehen davon aus, dass die Arbeitslosenzahlen im Laufe des Jahres 2012 noch weiter steigen werden. Um die Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt grundlegend zu verbessern, hat die neue konservative Regierung von Ministerpräsident Rajoy (Partido Popular) im Februar 2012 eine grundlegende Arbeitsmarktreform verabschiedet. Dieses Reformprogramm beinhaltet unter anderem verringerte Entschädigungen bei Kündigungen, mehr Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen sowie für Unternehmen, unter anderem bei Kurzarbeit, und eine verbesserte Berufsausbildung nach dem Vorbild des deutschen dualen Systems.

Die **Jugendarbeitslosigkeit** sehen in der Befragung zwar nur 2% der Bürger als problematisch an, doch viele Befragte dürften diese wohl inhaltlich dem übergeordneten Thema der Arbeitslosigkeit zugeordnet haben. Waren laut Eurostat 2006 noch rund 18% der Jugendlichen unter 25 Jahre ohne Arbeit, so wuchs die Quote rasant auf 46,4% im Jahr 2011. Das neue Reformprogramm zielt insbesondere darauf ab, neue Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen: Jugendliche, die sich selbständig machen wollen, werden finanziell gefördert und kleine Unternehmen erhalten bei der Neueinstellung eines unter 30-Jährigen 3.000 Euro Prämie. Der Erfolg dieser Maßnahme bleibt abzuwarten.

Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** zeigt seit 2009 eine leicht fallende Tendenz, liegt aber mit einem Wert von 29% (2011: 30%) nach wie vor auf dem zweiten Platz. Zwar hat das südeuropäische Land gerade erst eine zweijährige Rezession hinter sich gebracht und 2011 einen Anstieg des BIP um 0,7% verzeichnen können. Für das Jahr 2012 sehen die Prognosen jedoch wieder schlechter aus: Laut Eurostat wird die Wirtschaft um 1% schrumpfen. Dies liegt auch an der aktuellen europäischen Schuldenkrise, der Ministerpräsident Rajoy mit einem radikalen Sanierungsprogramm begegnen will.



Spanien – zentrale Ergebnisse (2)

Mit 5% belegen **Politik und Regierung** zwar immer noch den dritten Platz des spanischen Sorgenrankings, im Vergleich zu 2011 hat dieses Thema jedoch an Wichtigkeit verloren (2011: 9%). Der spanische Regierungswechsel im November 2011 ist sehr wahrscheinlich die primäre Ursache für die tendenziell positivere Bewertung der politischen Verhältnisse im Land. Nachdem die Glaubwürdigkeit des Ex-Ministerpräsidenten Zapatero während seiner Amtszeit stetig gesunken war, verkündete er im April 2011, nicht mehr für eine dritte Amtszeit kandidieren zu wollen. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 20. November letzten Jahres kam die Unzufriedenheit der Spanier mit Zapatero entsprechend zum Ausdruck: Die sozialistische Partei erzielte das schlechteste Ergebnis seit 1975 und die konservative Partido Popular konnte einen klaren Sieg erringen.

Die **Korruption** gehört mit 4% der Nennungen zu den vier wichtigsten Herausforderungen des Landes; im letzten Jahr gelangte das Thema nicht unter die Top 10, obwohl das Problem der Korruption mit 3% kaum weniger häufig thematisiert wurde. Die gewachsene Bedeutung des Themas in diesem Jahr korrespondiert mit dem von Transparency International herausgegebenen Corruption Perception Index, der besagt, dass die wahrgenommene Korruption in Spanien im Jahr 2011 innerhalb der Euro-

päischen Union neben Griechenland, Italien und Portugal, am stärksten ausgeprägt ist. In der Tat wird immer wieder publik, dass prominente Politiker aller Parteien in Bestechungsaffären verstrickt sind; erst im Herbst letzten Jahres musste der ehemalige Regierungschef der spanischen Region Valencia Camps aufgrund eines Korruptionsskandals zurücktreten. Ein weiterer Grund für die relativ hohe Bedeutung des Themas dürfte im Skandal um Urdangarin, den Schwiegersohn König Juan Carlos zu finden sein. Er wird beschuldigt, mit Hilfe einer gemeinnützigen Stiftung Steuergelder veruntreut zu haben. Durch den aktuellen Gerichtsprozess ist dieses Thema in der öffentlichen Wahrnehmung sehr präsent.

Mit gleichbleibend 4% äußert sich die spanische Bevölkerung besorgt über das **Gesundheitswesen**. Auf der Sorgenliste rückt das Thema allerdings von Rang 10 auf Platz 5 vor. Spannend bleibt die Entwicklung im nächsten Jahr, denn die Wirtschaftskrise macht auch vor dem Gesundheitswesen nicht halt und viele Regionen Spaniens setzen den Rotstift an. Ärzte und Pflegepersonal werden entlassen und Verträge nicht verlängert. 2012 soll zudem die Zuzahlung der Patienten bei Medikamenten deutlich erhöht werden. Noch sind diese Sparmaßnahmen bei den Bürgern aber offensichtlich nicht merklich spürbar.



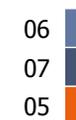
Die Herausforderungen in Schweden 2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Schweden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

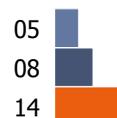
Arbeitslosigkeit



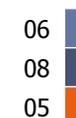
Bildungspolitik



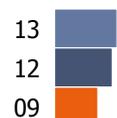
Jugend-arbeitslosigkeit



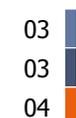
Gesundheitswesen



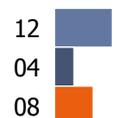
Umweltschutz



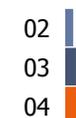
Renten/ Altersversorgung



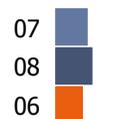
Wirtschaftliche Stabilität



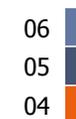
Altersfürsorge



Zuwanderung/ Integration



Soziale Sicherung



Basis 2012: 1.000 Befragte

■ 2010 ■ 2011 ■ 2012



Schweden – zentrale Ergebnisse (1)

Wie bereits in den letzten beiden Jahren, steht die **Arbeitslosigkeit** auch in diesem Jahr auf Platz 1 der schwedischen Sorgenliste. Allerdings ist die Anzahl der Nennungen wiederum leicht um 3 Prozentpunkte auf 29% gesunken. Dieses Ergebnis korrespondiert mit der tatsächlichen Entwicklung, da die Arbeitslosenquote nach 8,3% in 2009 und 8,4% in 2010 im Laufe des letzten Jahres um fast einen Prozentpunkt auf 7,5% gefallen ist. Warum dieser starke Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht zu einer noch optimistischeren Einschätzung in der Bevölkerung geführt hat, liegt wohl darin begründet, dass die Prognosen für die nächsten beiden Jahre eher pessimistisch sind: Zwar konnten in Schweden zwischen 2010 und 2011 90.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, aber diese Zahl wird in 2012/13 voraussichtlich auf 5.000 sinken. Darüber hinaus wirkt sich der an sich positive Zuwachs der erwerbsfähigen Bevölkerung (16-64 Jahre) negativ auf die Beschäftigungsquote aus. Es wird daher mit einer Zunahme der Arbeitslosenquote auf 7,9% in 2012 gerechnet.

Der größte Zuwachs an Besorgnis lässt sich in Schweden bei der **Jugendarbeitslosigkeit** beobachten: 14% der Schweden – das sind 6 Prozentpunkte mehr als noch im letzten Jahr – sehen dieses Thema als die dringendste Aufgabe des Landes. Trotz des leichten Rückgangs der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen vom historischen Höchststand von 25% in 2009 auf 22,9% in 2011 bleibt die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche angespannt. Un-

termauert wird dies auch dadurch, dass 39% der Langzeitarbeitslosen in Schweden junge Menschen sind. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit liegt auch an einer Besonderheit in den Arbeitsgesetzen, nach der grundsätzlich der zuletzt Eingestellte als Erster wieder entlassen werden muss, unabhängig von seiner Qualifikation. Aufgrund der schwierigen Situation wird in Schweden die Lockerung der Arbeitsschutzgesetze und die Einführung eines speziellen Einstiegslohnes für Jugendliche diskutiert, der bei 75% des normalen Mindestlohnes liegen soll.

Das Thema **Umweltschutz**, das von 9% der Bevölkerung als Problemfeld identifiziert wird, ist in diesem Jahr von Platz 2 auf Platz 3 gerutscht (-3 Prozentpunkte). Die schwedische Regierung hat im Jahr 2009 ein Energieprogramm auf den Weg gebracht, das die Senkung des Energieverbrauchs, den massiven Ausbau der Windenergie, aber auch den Neubau konventioneller Reaktoren als Ersatz für stillgelegte Kraftwerke beinhaltet. Nachdem dieses Programm Mitte 2010 noch einmal bestätigt wurde, scheint das Thema wieder etwas in den Hintergrund gerückt zu sein. Nichtsdestotrotz bleibt der Umweltschutz in Schweden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ein Thema mit hoher politischer und gesellschaftlicher Relevanz. Zuletzt polarisierte der neue Vorsitzende der Sozialdemokraten Löfven, der als Befürworter der Kernenergie bekannt ist, die politische Diskussion um die Zukunft der Energieversorgung.



Schweden – zentrale Ergebnisse (2)

Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** hat sich in Schweden im Vergleich zum Vorjahr von 4% auf 8% verdoppelt. Die wachsende Beunruhigung könnte darauf zurückzuführen sein, dass das BIP im Jahr 2011 „nur“ um 3,9% gestiegen ist, wohingegen die Wachstumsrate in 2010 bei 6,1% lag. Mit prognostizierten 0,7% für 2012 soll sich das Wirtschaftswachstum noch einmal verlangsamen. Ein wichtiger Grund für die zunehmend schwächeren Wachstumsraten könnte in der Eurokrise und der starken Abhängigkeit der schwedischen Wirtschaft von Exporten nach Europa gesehen werden, wohin immerhin 70% der schwedischen Exporte gehen. Die Zahlen sprechen ein deutliches Wort: Insgesamt sind die Ausfuhren in 2011 um 6,8% gewachsen, im letzten Quartal des Jahres jedoch nur noch um 0,6%. Die Eurokrise wirkt sich demnach besonders negativ auf die wirtschaftliche Stabilität des Landes aus. Diese Rahmenbedingungen scheinen in diesem Jahr zu einer eher pessimistischen Einschätzung der Bevölkerung hinsichtlich der Wirtschaftskraft Schwedens geführt zu haben.

Die inhaltlich nahe beieinander liegenden Themen **Renten** und **Altersversorgung** und **Altersfürsorge** haben jeweils leicht an Bedeutung gewonnen. Der Anstieg beläuft sich auf einen Prozentpunkt im Vergleich zum Vorjahr, so dass der Anteil der

Nennungen jeweils 4% erreicht. Grund hierfür könnte die nahezu parallel zur Befragung geführte öffentliche Debatte um eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 75 Jahre sein, gerade weil die Schweden mit durchschnittlich 64,3 Jahren im europäischen Vergleich bereits sehr spät in Rente gehen. Den Vorschlag zur Erhöhung des Renteneintrittsalters brachte der schwedische Ministerpräsident Reinfeldt mit dem Argument ein, dass es leichter sei, ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wenn diese eine längere Arbeitszeiterwartung hätten; zudem müsse die steigende Lebenserwartung seiner Meinung nach mit einer Steigerung der Arbeitszeit verbunden sein. Diese Äußerungen lösten eine Welle der Entrüstung in Schweden aus. Darüber hinaus ist der Anteil der sehr alten, über 80-jährigen Menschen in Schweden höher als in anderen europäischen Ländern und es wird erwartet, dass dieser hohe Anteil in den kommenden Jahren noch steigen wird. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich die Besorgnis über die Konsequenzen dieser Entwicklung für das Rentensystem und die Altersfürsorge in den Studienergebnissen widerspiegelt.

Insgesamt betrachtet bewegt sich das **Ausmaß der Besorgnis** in Schweden aber weiterhin auf einem vor allem im Vergleich zu Deutschland und Frankreich sehr niedrigen Niveau.



Wirtschaftsindikatoren im Überblick

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren jedes Landes

Nation		Wachstumsrate BIP (real) in % (2011)	Arbeitslosenquote ILO in % (2011)	Arbeitslosenquote ILO in % (2010)	Inflationsrate in % (2011)
Belgien		1,9	7,2	8,3	3,5
Deutschland		3,0	6,0	7,1	2,3
Frankreich		1,7	9,7	9,8	2,1
Italien		0,4	8,4	8,4	2,8
Niederlande		1,2	4,4	4,5	2,3
Österreich		3,1	4,2	4,4	3,3
Polen		4,3	9,7	9,6	4,2
Russland		4,3*	6,6*	7,5*	8,4
Schweden		3,9	7,5	8,4	3,0
Spanien		0,7	21,6	20,0	3,2
UK		0,8	8,1	7,8	4,5
Griechenland		-6,9	17,7	12,6	3,3
EU (27)		1,5	9,7**	9,7**	3,1**

*vgl. Russland in Zahlen Frühjahr 2012,
Deutsch-Russische Außenhandelskammer (AHK)

**vgl. Eurostat

vgl. Eurostat
(Stand März 2012)

vgl. OECD
(Stand April 2012)

vgl. OECD
(Stand April 2012)

vgl. OECD
(Stand März 2012)

Die Herausforderungen in Deutschland 1990-2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Arbeitslosigkeit	36	39	39	62	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66	55	34
Preis-/Kaufkraftentwicklung	7	13	8	9	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24	33	26
Wirtschaftliche Stabilität	7	10	9	14	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26	14	24
Politik/Regierung	2	1	3	3	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10	12	13
Renten/Altersversorgung	6	4	3	10	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19	17	13
Umweltschutz	29	23	16	15	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10	14	12
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14	23	12
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	10	6	5	6	12
Soziale Sicherung	5	4	4	11	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17	25	11
Gesundheitswesen	-	2	4	10	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21	19	11
Steuerpolitik	2	4	3	3	3	4	5	7	4	4	7	5	7	6	5	5	6	9	11	7	10	12	9
Staatsfinanzen	3	7	7	8	5	6	7	9	10	8	3	5	3	8	5	3	6	7	2	9	12	8	9
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	9	8	9	7	13	9
Kriminalität	1	2	7	9	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15	17	7
Zuwanderung/Integration	6	38	68	31	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8	16	7
Basis:	3986	2898	3031	2992	2141	2455	2427	2521	2486	2492	2451	2452	2022	1959	1979	1955	1974	1971	2010	2072	2063	2076	2087

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



Die Herausforderungen in Deutschland

Alte Bundesländer 1990-2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Arbeitslosigkeit	31	30	31	58	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64	53	32
Wirtschaftliche Stabilität	-	5	5	12	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27	14	25
Preis-/Kaufkraftentwicklung	5	15	10	11	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22	31	24
Politik/Regierung	1	1	3	3	4	1	1	3	3	2	4	3	6	6	8	8	5	6	9	10	10	11	14
Renten/Altersversorgung	6	3	3	11	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19	18	13
Umweltschutz	32	26	18	17	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11	14	13
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14	23	12
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	9	5	5	6	11
Soziale Sicherung	2	2	2	10	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17	24	10
Gesundheitswesen	-	2	5	12	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21	17	10
Staatsfinanzen	3	8	8	10	6	7	8	10	11	9	3	5	4	8	6	3	6	7	2	10	13	8	10
Steuerpolitik	2	5	3	4	3	4	5	8	5	4	8	6	7	7	5	5	7	9	11	7	11	12	10
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	10	8	9	7	13	9
Zuwanderung/Integration	7	44	73	35	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9	17	7
Kriminalität	1	2	5	8	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15	16	7
Basis:	2037	1942	2028	1997	1708	1945	1932	2002	1975	1979	1946	1952	1607	1557	1575	1560	1575	1575	1614	1666	1669	1723	1732

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



Die Herausforderungen in Deutschland Neue Bundesländer 1990-2012

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Arbeitslosigkeit	55	75	73	80	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73	68	45
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	17	6	2	2	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31	43	39
Wirtschaftliche Stabilität	33	29	27	21	11	12	10	8	7	4	3	4	12	14	14	15	10	6	10	29	22	14	18
Soziale Sicherung	15	12	11	16	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17	32	14
Renten/Altersversorgung	6	6	3	4	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17	16	13
Politik/Regierung	6	3	4	5	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12	17	12
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6	7	12
Gesundheitswesen	-	1	1	0	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21	25	12
Bildungspolitik	3	2	1	1	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13	22	9
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8	12	9
Kriminalität	2	3	16	13	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15	21	8
Umweltschutz	16	9	6	6	6	11	6	4	3	1	2	7	4	0	2	4	5	14	5	3	6	14	7
Steuerpolitik	0	1	1	1	1	2	3	4	2	3	3	4	4	2	3	3	3	5	8	5	7	11	7
Altersfürsorge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	1	0	0	0	1	0	1	3	6	2	3	3	5
Staatsfinanzen	1	1	1	2	1	1	3	3	6	6	1	3	2	6	3	1	5	4	3	8	10	5	4
Basis:	1949	956	1003	995	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394	353	355

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

